# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➔ Seite 6

*Wir Montagsspaziergänger:*
*Peter Hahne ➔ Seiten 12/13*

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 102 Samstag 27. August 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*



**75 JAHRE NÜRNBERGER KODEX**

»Nie wieder Zwangsmedizin!« Beim zivilgesellschaftlichen Festakt für 75 Jahre Nürnberger Kodex erinnerten Tausende bewusste Bundesbürger an die Opfer aus medizinischen und pharmazeutischen Massenexperimenten.

Der Nürnberger Kodex legt eindeutig die Grenzen medizinischer Eingriffe fest. So dürfen die Probanden nicht »durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges« genötigt werden.

Auf dem Bild: Die Holocaust-Überlebende Vera Sharav auf der Wöhrder Wiese in Nürnberg bei ihrer Rede zum Festakt. Im Hintergrund: Der Hamburger Arzt Dr. Walter Weber, Gründer der Ärzte für Aufklärung und Preisträger der Republik. (Foto: Georgi Belickin.)

**VERA SHARAV ZUR COVID-SPRITZE:**
»Wenn wir einen weiteren Holocaust verhindern wollen, müssen wir bedrohliche aktuelle Parallelen erkennen, bevor sie das Gefüge der Gesellschaft vergiften.«

# »Nie wieder ist *jetzt*«

*Fotos: Georgi Belickin (Titel), Axel Rothkehl (o.l.), apolut.net (u.r.), DW / Ute Feuerstacke (Herz), Gestaltung: Anselm Lenz*

**»Ich bin nach Nürnberg gekommen, um der aktuellen globalen Bedrohung, mit der unsere Zivilisation konfrontiert ist, einen historischen Kontext zu geben.**

Die zurückliegenden zweieinhalb Jahre waren besonders anstrengend – schmerzhafte Erinnerungen wurden wach. 1941 war ich dreieinhalb Jahre alt, als meine Familie aus ihrem Haus in Rumänien vertrieben und in die Ukraine deportiert wurde. Wir wurden in ein Konzentrationslager getrieben, wo wir praktisch verhungern mussten. Der Tod war allgegenwärtig. Mein Vater starb an Typhus, als ich fünf Jahre alt war.

Im Jahr 1944, als die Endlösung aggressiv umgesetzt wurde, zog sich Rumänien aus dem Bündnis mit Nazideutschland zurück …«

Weiter ➔ Seite 7

#FreeBallweg

Ein Herz für Querdenker

Michael Ballweg gilt bereits heute als einer der ganz großen Volkshelden der Demokratie in der deutschen Geschichte. Er organisierte die Millionendemonstrationen gegen die Corona-Lüge und den Ausnahmezustand. Das Terrorregime holte ihn am 29. Juni ab. Seither wächst die Wut zum Zorn ➔ Seite 6

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 102. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

# Triumph der Freundschaft

***Der Preis der Republik geht an Vera Sharav.***
LAUDATIO von Anselm Lenz.



**Der Dank ist aufrichtig: Tausende Deutsche applaudierten Vera Sharav am 20. August 2022 in Nürnberg. Ihre Rede ist mit dieser Ausgabe gerichtsfest dokumentiert.**

Beim Festakt für 75 Jahre Nürnberger Kodex und dessen absolute Gültigkeit zeigte sich Vera Sharav auch von ihrer menschlichen Seite, nahbar und gesellig. Sie hat aus ihrem Status als Überlebende der Shoah kein Regierungsprogramm gemacht, im Gegenteil setzt sie sich für ihre Mitmenschen konkret ein. Entgegen der Instrumentalisierungsversuche des Corona-Regimes bekennt sie sich klar zum Recht in dessen Sinngehalt und zur Freundschaft.

Die studierte Historikerin und Medienwissenschaftlerin ist Vorsitzende der Allianz für den Schutz vor Menschenversuchen (*Alliance for Human Research Protection*). Als solche setzt sie sich für die strikte Einhaltung des Nürnberger Kodexes ein und damit für die Absicherung vor unklaren oder aufgenötigten medizinischen Eingriffen. Allein dies gereicht ihr zur Verleihung des gegenwärtig angesehendsten Öffentlichkeitspreis in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Vera Sharav. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben.

# Wir




Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Liebe Freunde der Demokratie,
es macht uns immer wieder sprachlos, was uns allen von unsäglich verantwortungslos handelnden „Eliten" zugemutet wird.
Umso wichtiger ist es, dass wir den Kopf oben behalten und positiv nach vorne schauen. Und unsere Sprache wiederfinden.
Dazu wollen wir mit dem Demokratischen Widerstand beitragen. ♡lich Ihr
Hermann Ploppa

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
**UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!**
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

*We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

# Schmutzige Gefühle

EINWURF *von Werner Köhne*

**Der Mediziner und Autor Hans Meyer-Hörstgen beschreibt in seinem Roman »Hirntod« zwei Szenen aus dem Alltag eines jungen Arztes.**

In der ersten assistiert er bei einer Operation an einem kaum noch zu rettenden Patienten. Dabei bilden sich im Vorraum des Todes zwei Ärzteteams heraus, die eher gegeneinander agieren: die Mannschaft der Chirurgen und die Narkosemannschaft.

Während die einen sprichwörtlich in den Körper eingreifen – ein signifikanter Akt unserer Kultur – fühlen sich die anderen der Forderung nach Lebenserhalt verpflichtet – eine sinnvolle Arbeitsteilung eigentlich, aber hier auf dem OP-Tisch pervertiert das Geschehen zum Kampf zwischen den Spezialisten, die neben ihrer ärztlichen Arbeit auch ihre reaktiven Gefühle mit ins Spiel bringen. Es geht ums Gewinnen.

Der junge Assistenzarzt erlebt dieses Gefecht mit Entsetzen, wobei der Patient selbst als Kriegsschauplatz dient. Kurz nach dieser OP trifft der junge Arzt auf seine Frau und zwei Kinder, die ihn von der Klinik abholen wollen. Unfähig aus den unterschiedlichen Alltagssituationen zueinander zu finden, entwickelt sich eine gereizte Spannung, die sich nicht mehr auflösen lässt und schmutzige Gefühle hervortreibt.

Die Kinder quengeln und schreien, seine Frau reiht Empörungswellen aneinander und will sich scheiden lassen. Er selbst bleibt in seiner Lähmung stumm. Es ist ein Spiel zwischen Abgründigkeit und Banalität. Die Frage ist, ob für diese Szenen überhaupt eine psychologische Beschreibung ausreicht, um die Befindlichkeiten der Akteure aufzuzeigen. Offensichtlich hat sich unter der Decke einer beschleunigten Normalität eine Gefühlskultur aus Überforderung, Ressentiment und Peinlichkeit herausgebildet.

Wir bekommen diese Versatzstücke einer emotional aufgeladenen »Realität« einfach nicht mehr zusammen. Der Vorgang in und vor der Klinik gleicht dem, was Theodor W. Adorno einmal die »Totalität der Disparitäten« genannt hat. Unsere Gesellschaft setzt sich zusammen aus isolierten Individuen, die in einen Zustand der fragmentierten Uniformität fallen: zweifellos ein Paradox, das indes die Struktur der Corona-Geschehnisse offenlegt.



**DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS**
*Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter*
**+49 (0)162 / 63 60 112**

# DIE ZAHLEN SPRECHEN FÜR SICH

***»Geimpfte« haben ein höheres Sterberisiko als »Ungeimpfte«.*** | Von Markus Fiedler

Wer impft, weiss nicht. Wer weiss, impft nicht.

*Wissen schützt vor Impfschäden, wissen diese Demokraten.* *Foto: Hannes Henkelmann*

**Die *Berliner Zeitung* zitierte schon im Mai 2022 eine Studie der Charité von Professor Harald Matthes. Er kam in der Studie zum Ergebnis, dass acht von 1.000 Patienten über schwerwiegende Nebenwirkungen berichteten. So wurde er auch im *MDR* mit einem Studienzwischenergebnis zitiert.**

Diese Zahlen beziehen sich vorab auf 10.000 Freiwillige. Insgesamt umfasst die Studie 40.000 Probanden. Die Anzahl der Geschädigten von acht zu 1.000 liegt weit über den vom RKI berichteten Zahlen, die lediglich von 0,2 Patienten pro Tausend Impfungen sprachen.

Das Zwischenergebnis der Studie deutet darauf hin, dass 40 mal mehr Patienten einen Impfschaden erleiden, als vom RKI behauptet. Um die Bedeutung der Zahlen und um deren Richtigkeit wird heftig in der Presse gestritten. Denn solche Zahlen können das Narrativ der hilfreichen »Impfungen« vollends zu Fall bringen. Sie wissen es als treuer Leser des *Demokratischen Widerstands* bereits, es handelt sich in Wahrheit nicht um »Impfungen«, sondern per Definition des Gentechnik-Gesetzes (GenTG) um Präparate, mittels derer eine Genmanipulation der Patienten herbeigeführt wird. Man kann es nicht oft genug wiederholen.

In meinem Bekanntenkreis ist jemand, der dreimal »geimpft« wurde und selbst sagt, dass er auf keinen Fall eine vierte »Impfung« über sich ergehen lassen wird. Das hört man inzwischen von vielen Leuten. Wenn jetzt im Herbst, so wie bereits mehrfach angekündigt, viele ihren Impfstatus verlieren und zum Beispiel das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit an eine frische Corona-Gen-Impfung geknüpft wird, bin ich gespannt, wie viele Bürger da noch mitmachen werden.

### HORROR-HOCHRECHNUNGEN

Aber diese Zahlen aus der Vorabveröffentlichung der Studie von Prof. Matthes, die bereits im Mai veröffentlicht wurden, sind längst überholt. Es tauchen immer düstere Hochrechnungen auf, die auf Basis von offiziellen Statistiken erstellt wurden.

Verschiedene unabhängige Medien geben Hinweise auf in offiziellen Statistiken versteckte Daten. Wie auch schon in der letzten Ausgabe des DW erwähnt, sind die Statistiken in Großbritannien besonders aussagekräftig. So hat *expose.news* abermals einen brisanten Artikel veröffentlicht. Diesmal mit dem Titel: »Offizielle britische Statistik: Einer von 482 Menschen starb nach mRNA-Injektion« (Maschinelle Übersetzung). Dieser Artikel wurde breit rezipiert, in anderen Magazinen ebenfalls aufgegriffen und fleißig auf *Social-Media*-Kanälen geteilt.

Die Zahlen des deutschen Paul-Ehrlich-Instituts, welches etwa einen Geschädigten auf 5.000 Gen-Impfungen ausweist, sind schon alarmierend genug, doch geht es hier um einen Toten unter 482 mit den Genpräparaten von Pfizer, Moderna und Co. behandelten Patienten. Das käme einem Szenario von Russisch Roulette auch in der Zahlendimension gefährlich nahe.

Im Vereinigten Königreich wurden laut »Our World in Data« bisher insgesamt 151 Millionen Gen-Impfungsdosen verabreicht. Etwa 50,6 Millionen Bürger sind in Großbritannien mit der Covid-19-Nadel dreimal in Kontakt gekommen und gelten als vollständig geimpft. Das entspricht etwa 75,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Etwa 53 Millionen Bürger haben mindestens eine Gen-Spritze bekommen.

Sollte die Quote von einem Toten auf 482 Behandelte stimmen, so wären in Großbritannien bis jetzt bereits etwa 104.000 Menschen an der Corona-Gen-Impfung verstorben. Eine schier unvorstellbare Zahl. Damit wäre die Bevölkerung in etwa um die Größe einer Großstadt geschrumpft. Aber Vorsicht! Verwechseln Sie bitte nicht »nach der Impfung« und »an der Impfung« verstorben. Zum letzteren Wert macht der Artikel keine konkreten Zahlenangaben! Es geht hier nämlich um alle Arten von Todesfällen, auch solche die mit der Impfung nachweislich in keinem Zusammenhang stehen.

### DEUTLICHER ZUSAMMENHANG: IMPFUNG UND STERBERATE

Dennoch kann man aus den Daten einige frappierende Auffälligkeiten erkennen. So ist besonders bei der Gruppe der 40 bis 60-Jährigen zu erkennen, dass dort die unbehandelten Bürger eine deutlich niedrigere Sterberate aufweisen, als die genbehandelten Patienten. Zwischen Januar und Mai 2022 war besonders das Sterberisiko für erstmals Gen-Geimpfte dreimal höher im Vergleich zu Ungeimpften an irgendetwas zu sterben. Das ist so signifikant, dass man hier eigentlich zwingend auf einen Zusammenhang der erhöhten Sterberaten mit den Impfungen schließen muss. Und wir sehen abermals: Die Impfungen zeigen keine positive, sondern eine negative Wirkung.

Der Artikel schließt daher mit der Zusammenfassung: »Die von der britischen Regierung stillschweigend veröffentlichten offiziellen Zahlen liefern unbestreitbare Beweise dafür, dass die Covid-19-Impfstoffe tödlich sind und zu Tausenden Menschen töten. Wie sonst erklären Sie sich, dass Geimpfte in jeder Altersgruppe deutlich häufiger sterben als Ungeimpfte?« Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

## MELDUNG

### LAUTERBACH RUINIERT GESETZLICHE KRANKENKASSEN

Berlin/DW. Laut Berechnungen des Beratungsunternehmens Boston Consulting Group, die dem *Handelsblatt* vorliegen, könnte sich das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen bis 2025 auf 33 Milliarden Euro erhöhen. »Gesundheitsminister« Karl Lauterbach (SPD) wird vorgeworfen, die Krankenkassen im Interesse der Pharmalobby mit den Kosten der medizinisch sinnlosen bis gesundheitsschädlichen Maßnahmen mutwillig zu überlasten. Zudem greift die Kassenärztliche Bundesvereinigung die Impfstrategie für den kommenden Herbst an. Lauterbach plane bis zu 60 Millionen Impfungen für die Bundesbürger, obwohl höchstens 30 Millionen realistisch seien. (ber)

"Karl, Karl, Karl du bist genauso dämlich wie der Kahrs! Ich sagte Bahnschließfach nicht Bankschließfach!"

*Karikatur: t.me/osaft007*

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Sterbefallzahlen Deutschland**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|
| Jan. | 85.105 | 84.980 | 106.803 | 89.207 |
| Feb. | 81.009 | 80.030 | 82.191 | 82.533 |
| Mär. | 86.739 | 87.396 | 81.901 | 93.402 |
| Apr. | 77.410 | 83.830 | 81.877 | 85.757 |
| Mai | 75.669 | 75.835 | 80.876 | 80.980 |
| Jun. | 73.483 | 72.159 | 76.836 | 78.480 |
| Jul. | 76.926 | 73.795 | 76.704 | 84.899 |
| Aug. | 73.444 | 78.742 | 76.402 | |
| Sep. | 71.022 | 74.243 | 77.931 | |
| Okt. | 77.006 | 79.781 | 85.080 | |
| Nov. | 78.378 | 85.989 | 93.915 | |
| Dez. | 83.329 | 108.792 | 103.171 | |
| insgesamt | 939.520 | 985.572 | 1.023.687 | 595.258 |

### WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

## MELDUNG

### ODER DOCH NICHT VERGIFTET

Stettin/DW. Laut Angaben der polnischen Umweltministerin Anna Moskwa waren die Meldungen zur Vergiftung des polnisch-deutschen Grenzflusses Oder Falschmeldungen, die von der deutschen Regierung lanciert worden seien. »Achtung, eine weitere *Fake News* wird in Deutschland verbreitet!«, schrieb Polens Umweltministerin Anna Moskwa, bezugnehmend auf Meldungen des Brandenburger Umweltministeriums. Das hatte landwirtschaftliche Pestizide in der Oder gemeldet.

In der Oder waren seit Ende Juli große Mengen an verendeten Fischen aufgefunden worden. In der polnisch-deutschen Grenzregion erinnerten Anwohner daran, dass dies auch bei früheren Hitzesommern der Fall gewesen sei, etwa 2004 und 2018. Die Fischbestände seien aber insgesamt nicht bedroht. Die Flussschwimmbäder blieben auf polnischer Seite meistenteils geöffnet. Johnny Rottweil von der Demokratischen Gewerkschaft (DG) erinnerte bei einem Ortsbesuch in Frankfurt an der Oder an einen alten Abzählreim mit Flussnamen: »Lech, Inn, Main, Asch, Rhein, Oder, Warthe.« (ale)

### MASKENLOS NACH KANADA

Ottawa/DW. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) reisten im Airbus der Bundesregierung am Sonntag nach Kanada. Schon bei der Landung wurde bekannt, dass die gesamte Delegation inklusive Konzernvertretern, Lobbyisten und Propagandajournaille im vollbesetzten Verkehrsflugzeug keine Masken trug. Videoaufnahmen des früheren Theaterdramaturgen Habeck sowie des Kanzlers kursierten weltweit. Die Regierung erklärte daraufhin, die »Maskenpflicht gilt im Regierungsflugzeug nicht«, was daraufhin rechtlich als unwahr widerlegt wurde. Zeitgleich wurde bekannt, dass die Regierung die Verschärfung der Maskenpflicht in Flugzeugen plane. Bei den dreitägigen Gesprächen unter anderem mit dem WEF-Ministerpräsidentendarsteller Justin Trudeau in Kanada wollte die deutsche Delegation um Erdgas verhandeln, das die russischen Lieferungen ersetzen solle. (ale)

### SCHLESINGER GEGEN KRIEG?

Berlin/DW. Gekündigte *RBB*-Intendantin Patricia Schlesinger nach ihrer intern im Sender geäußerten Nato-Kritik: »Meine Kündigung ist politisch motiviert!« Der designierte Nachfolger Hagen Brandstäter ließ sich laut Informationen der Wochenzeitung *Junge Freiheit* nach seiner Nominierung wochenlang krankschreiben. (ale)



*Viele Demokraten glauben nicht mehr an die Reformierbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.* Foto: Sandra Doornbos

# EINE CHRONOLOGIE DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN KORRUPTION

***Der Skandal um die entlassene Intendantin des RBB, Patricia Schlesinger, könnte den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frage stellen.*** | Von Anke Behrend

23. Juni: Erster Bericht im Business Insider über Schlesinger und ihren Ehemann Gerhard Spörl. Untersuchungen waren auf einen Beratervertrag zwischen der Messe Berlin und Spörl gestoßen, in den auch der Aufsichtsratschef der Messe und Verwaltungsratschef des RBB, Wolf-Dieter Wolf, vermittelnd involviert gewesen sein soll.

4. Juli: Business Insider berichtet über mehrere Dinner-Abende bei Schlesinger zu Hause auf Kosten des Senders und manipulierte Rechnungen. Weitere Immobilienberaterverträge unter Beteiligung von Wolf-Dieter Wolf in Verbindung mit dem Neubau des Digitalen Medienhauses tauchen auf.

5. Juli: Laut Tagesspiegel droht Schlesinger Business Insider rechtliche Schritte an.

7. Juli: Compliance-Beauftragte des RBB, Anke Naujock-Simon, beauftragt die Kanzlei Lutz Abel mit der Untersuchung der Vorwürfe. Laut Tagesspiegel könnten mehr als eine Million Euro an Honorar für 13 Anwälte anfallen.

8. Juli: Business Insider erhält Unterlassungsaufforderung. Medienaufsicht Brandenburg fordert Verantwortliche des RBB zu Stellungnahme auf.

9. Juli: Brandbrief von Personalrat und Redaktion an Schlesinger fordert, Anschuldigungen aufzuklären, »um das erschütterte Vertrauen wieder herzustellen« (Welt).

15. Juli: Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Wolf-Dieter Wolf, lässt sein Amt bis zur Aufklärung der Vorwürfe ruhen.

18. Juli: RBB lässt den Neubau des Digitalen Medienhauses am Standort Berlin ruhen.

19. Juli: Schlesinger und die Chefs von RBB-Verwaltungsrat und RBB-Rundfunkrat erscheinen nicht zu einer Sondersitzung im Landtag Brandenburg, sondern reichen nur schriftliche Stellungnahmen ein.

22. Juli: Schlesinger bietet an, mit dem Verwaltungsrat des Senders noch einmal über ihre umstrittene Gehaltserhöhung um 16 Prozent auf 303.000 Euro zu sprechen (Tagesspiegel).

26. Juli: Interne Planung für mittlerweile ruhenden 150-Millionen-Neubau des Digitalen Medienhauses enthüllen: Der RBB will neues Medienzentrum mit Hilfe des Betriebsrenten-Topfs finanzieren.

29. Juli: Business Insider berichtet über Schlesingers Dienstfahrzeug, einen Audi A8 im Wert von 145.000 Euro, mit 70 Prozent »Regierungsrabatt«, Massagesitzen sowie privater Nutzung von Dienstwagen und Chauffeuren.

4. August: Patricia Schlesinger gibt Posten als ARD-Vorsitzende ab. Tom Buhrow, WDR-Chef, übernimmt den Vorsitz.

7. August: Business Insider berichtet von zuzüglichen Bonuszahlungen an Schlesinger von über 20.000 Euro im Jahr 2021. Des Weiteren soll sie ihren Dienstwagen an ihren Ehemann Gerhard Spörl für geschäftliche Fahrten verliehen haben. E-Mails zu manipulierten Catering-Rechnungen tauchen auf, BILD berichtet über die Renovierung der Chefetage des RBB für 650.000 Euro unter Umgehung der Compliance-Regeln. Am Abend des 7. August tritt Patricia Schlesinger als Intendantin und Chefin des RBB zurück. Hagen Brandstäter, Stellvertreter Schlesingers, übernimmt die Intendanz geschäftsführend.

8. August: Die Staatsanwaltschaft Berlin leitet Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue und der Vorteilsannahme gegen Patricia Schlesinger ein.

9. August: RBB stellt im Zuge der Affäre um Vorwürfe der Vetternwirtschaft die Leiterin der Hauptabteilung Intendanz, Verena Formen-Mohr, mit sofortiger Wirkung frei. Auch der Aufsichtsratschef der Messe Berlin, Wolf-Dieter Wolf, der in die Vermittlung von Beraterverträgen verwickelt ist, tritt zurück: »Herr Wolf-Dieter Wolf hat heute dem Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Stephan Schwarz, mitgeteilt, sein Aufsichtsratsmandat bei der Messe Berlin und damit auch den Vorsitz im Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung niederzulegen, um einen möglichen Schaden zulasten der Messe Berlin GmbH zu vermeiden und auch die laufenden Untersuchungen nicht zu belasten.«, teilt ein Sprecher der Senatsverwaltung für Wirtschaft mit.

10. August: Die bisherige Hauptabteilungsleiterin und Personalchefin Sylvie Deléglise wird zur kommissarischen Verwaltungsdirektorin ernannt, um Hagen Brandstäter auf diesem Posten zu ersetzen. Deléglise ist mit der Juristischen Direktorin verheiratet, beide haben zwei Kinder und leben in Trennung. Getraut wurde das Paar von der Vorsitzenden des RBB-Rundfunkrates Friederike von Kirchbach in deren Funktion als evangelische Pfarrerin.

12. August: Tom Buhrow, neuer ARD-Chef, schlägt Reformen vor. »Wir sind alle in der ARD inzwischen enttäuscht und auch wütend«, sagt Buhrow zur Affäre Schlesinger. Er will unter anderem überprüfen lassen, ob die Geschäftsstellen der Aufsicht überall in der ARD »adäquat ausgestattet« sind.

15. August: Der Rundfunkrat des RBB beruft Patricia Schlesinger am Montag als Intendantin ab.

17. August: RBB veröffentlicht die Gehälter aller Top-Manager sowie brisante Details zu Bonussystemen (tagesschau.de).

19. August: RBB von ARD-Intendantenschalte am Freitagabend ausgeschlossen.

20. August: Rundfunkratsvorsitzende Friederike von Kirchbach tritt zurück. »Der RBB steht vor einem Neuanfang. Nach zehn Jahren als Vorsitzende des Rundfunkrates möchte ich dazu einen Beitrag leisten und stelle mein Amt zur Verfügung.«

20. August: ARD-Chef Tom Buhrow geht auf Distanz zur RBB-Führung. Der Redaktionsausschuss des Senders fordert einen Rücktritt der Geschäftsleitung und einen Strukturwechsel: »Denn alle, die in der Ära Schlesinger von Boni profitiert haben, haben auch dieses System mitgetragen. Wir brauchen andere, flachere und wirklich transparente Strukturen.«

21. August: Business Insider enthüllt Gehaltszahlungen an ausgeschiedene Mitarbeiter und Führungskräfte, dubiose Vorgänge in Produktionsfirmen und Zahlungen von circa 100.000 Euro für einen ausgeschiedenen Manager. Zuständig für diese Zahlungen ist das Ehepaar Susann Lange und Sylvie Deléglise, Juristische Direktorin und Personalleiterin.

21. August: WDR-Intendant und kommissarischer ARD-Vorsitzender, Tom Buhrow, gibt bekannt, dass die Chefs von acht ARD-Anstalten der Geschäftsführung des RBB formal ihr Vertrauen entziehen.

22. August: RBB-Verwaltungsrat spricht sich für die Berufung eines Interims-Intendanten aus. Der geschäftsführende Intendant und vormalige Stellvertreter Schlesingers, Hagen Brandstäter, ist derweil für mehrere Wochen krankgeschrieben, nachdem die ARD-Chefs auch ihm dem Rücktritt nahegelegt hatten.

22. August: Verwaltungsrat löst Vertrag mit Patricia Schlesinger auf. Damit erhält sie weder Ruhebezüge noch Abfindung. Über ihren Anwalt lässt sie mitteilen: »Ich bedaure diese Entscheidung, die offensichtlich politisch motiviert ist, um einen Sündenbock zu haben. Dieses Vorgehen ist durch die Faktenlage keinesfalls gedeckt.«


Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung.

# Abgehobene Elite pfeift auf Maske

***Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick*** | Von Nadine Strotmann

**Eine Delegation reist im Regierungsflugzeug mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) nach Kanada. So weit so gut. Die zwei Volksvertreter fliegen aber nicht allein. Mit ihnen reisen vertraute Journalisten und hochrangige Manager deutscher Konzerne. Mit an Bord: gute Laune und keine Masken.**

Ja, Sie lesen richtig. Auf einem Video zeigen sich Politiker, Manager und Journalisten heiter und gelassen ohne Maske – und das alles über den Wolken, denn da muss die Freiheit wohl grenzenlos sein. Allen voran der maskenlose Habeck, der Moralapostel. Was für Sie und mich gilt – nämlich Maskenzwang im Flieger – das hat diese abgehobene Clique dort oben nicht mehr nötig. Sie schämen sich noch nicht mal mehr, uns das öffentlich zu präsentieren. Dass bei dieser vertrauten Nähe zwischen Politik und Medien, die vierte Gewalt im Staat ausfällt, muss jedem von uns klar sein.

### WENN ZWEI DAS GLEICHE TUN, SO IST DAS NICHT DASSELBE

Während nämlich die Entscheider der Maskenpflicht auf eben diese pfeifen, werden zwei Kinder in der Nähe von Wismar (10 und 12) aus dem Schulbus geworfen, weil ihre Masken angeblich nicht richtig saßen. Und wenn von allen Seiten Kritik an dieser dekadenten Doppelmoral geübt wird, sind sich die Ertappten für keine Ausrede zu schade. So schreibt die Marketingfachfrau von *T-Online* (sie selbst bezeichnet sich als »Chefreporterin«) Miriam Hollstein: »*Funfact* für alle Trolle: Für diesen Flug mussten alle Mitreisenden einen PCR-Test vorlegen, der nicht älter als 24 Stunden war.« Hollstein saß auch im Flieger, und so laut wie sie bellt, scheint sie getroffen. Inhaltlich ist ihre Äußerung Unsinn, denn bei Flügen gilt generell die Maskenpflicht in Deutschland. Ihr sprachliches Niveau erklärt sich selbst. Ich wundere mich nur, dass sie »Trolle« nicht *gegendert* hat. Echt enttäuschend.

Demnächst werden dann eben diese Propagandisten uns und unsere Kinder wieder zur Maskenpflicht peitschen. Der Arzt Friedrich Pürner, ehemaliger Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg, strafversetzt wegen kritischer Äußerungen zur Corona-Politik der bayerischen Staatsregierung, schreibt dazu auf Twitter: »Guten Morgen ohne Masken. Vielen Dank, Bundesregierung. Sie haben die Maskenpflicht konkludent obsolet werden lassen. Dies war sehr deutlich und aussagekräftig. Ein wegweisender Beitrag in der Pandemie – womöglich einer der besten! Gerne folgen wir Ihrem Beispiel.« Ich weiß, dass ich dieses Video präsentiere, wenn ich demnächst wieder maskenlos zur Rede gestellt werde.

### FAUCI TRITT ZURÜCK, WANN FOLGT LAUTERBACH?

In den USA brodelt es hingegen kräftig, da gibt es noch ein paar Leitmedien, die ihren Job machen. Der Rücktritt des US-Präsidentenberater und Immunologen Anthony Fauci sorgt für Wirbel. *Fox News*, einer der reichweitenstärksten Sender Nordamerikas, zitiert auf Twitter den eigenen Moderator Tucker Carlson: »Tucker Carlson reflects on how Dr. Fauci handled the pandemic after the doctor announced he's retiring: That's not how scientists act. Thats how dictators act.« (Tucker Carlson fasst nach dem Rücktritt die Art und Weise Faucis zusammen, wie er die Pandemie bewältigt hat. »So handeln nicht Wissenschaftler, so handeln Diktatoren.«) Wer den Sender und seinen *Ankerman* länger verfolgt, weiß, dass dort seit Monaten kritisch über die laufende politische Agenda berichtet wird. Carlson spricht in Interviews über den *Great Reset*, die *Woke*-Bewegung, und fordert die Amerikaner auf, wach zu bleiben, damit es in den USA nicht zu Grundrechtsverlusten wie in Europa kommt. Mal schauen, wann bei uns das große Erwachen einsetzt. Vielleicht bei den neuen Maßnahmen ab Herbst? Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.




*Demokraten wollen nicht mehr von der Dummheit regiert werden.* *Foto: Hannes Henkelmann*



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



# Die strafbare Kontaktschuld

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

**Vor dem Amtsgericht Bochum hatte ich in dieser Woche das x-te Verfahren wegen des Verstoßes gegen § 279 StGB zu führen.**

Die Vorgehensweise der Strafverfolgungsbehörden ist dabei immer die Gleiche: Es gibt einen mittlerweile bekannten Bochumer Arzt, der eine Reihe von sogenannten Maskenattesten ausgestellt hatte. Dabei wird ihm und seinen Patienten unterstellt, es habe sich um »unrichtige Gesundheitszeugnisse« (§§ 278, 279 StGB) gehandelt.

Dabei ist die Unrichtigkeit ein Tatbestandsmerkmal, dessen Vorliegen die Staatsanwaltschaft nachweisen muss, damit es zu einer Verurteilung kommen kann. Eine solche Unrichtigkeit wurde von der bisherigen Rechtsprechung bereits dann angenommen, wenn es zu keinerlei Untersuchung oder gar Kontakt zwischen Arzt und Patient kam.

Im Verlauf der letzten Jahre reichte es den Strafverfolgungsbehörden für die Annahme eines erforderlichen Anfangsverdachts bereits, wenn ein solches Attest von dem »falschen« Arzt ausgestellt wurde. Eine derartige bloße Kontaktschuld zum Anlass für die Einleitung eines Strafverfahrens zu nehmen, konterkariert alle juristischen Spielregeln, die ich in den letzten fast 20 Jahren gelernt und praktiziert habe.

Doch dem nicht genug: Für eine Anklageerhebung ist ein »hinreichender Tatverdacht« erforderlich, der im Laufe der Ermittlungen sich aus Tatsachen ergeben muss. Wenn wie im vorliegenden Fall aber keinerlei weitere Ermittlungen geführt werden und dann allein auf Grundlage der oben beschriebenen Kontaktschuld Anklage erhoben wird, dann ist dies einmal mehr ein ungeheuerlicher Vorgang in der deutschen Justiz.

Angesprochen auf diese rechtlichen Umstände des Falles erntete ich im Bochumer Gerichtssaal von den anwesenden Juristen (Richter und Staatsanwalt) nur eisiges Schweigen. Denn beide wussten nur zu gut, dass hier ein grober handwerklicher Fehler vorliegt. Der drohende Gesichtsverlust war so schwer, dass der Richter in seiner offenbaren Unsicherheit die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagte. Es braucht eben Mut und Selbstreflexion, um in diesen Zeiten eigene Fehler zu erkennen und zu korrigieren.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

# DROHT EINE VERHAFTUNGSWELLE?

**KOLUMNE RECHTSSTAAT**
***von Markus Haintz***

**Ich selbst wurde kürzlich – als Zeuge wohl gemerkt – zur Fahndung ausgeschrieben, weil Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte offenbar intellektuell nicht mehr in der Lage sind, eine Adresse zu ermitteln oder einen Anwalt zu *googeln*.**

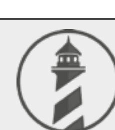
Mein Geschäftshandy, mein *Streaming*-Handy und mein Geschäftslaptop wurden beschlagnahmt. Auf Grund der Umstände gehe ich im Moment eher davon aus, dass es sich um Inkompetenz grundrechtsferner staatlicher Institutionen handelte als um eine gezielte Aktion von Verfassungsschutz und Co.

Zwar kann ich es nachvollziehen, dass politische Motive auch in meinem Fall schnell erwogen werden, aber bei genauer Betrachtung ist dies nicht immer der Fall. Natürlich gibt es Teilbereiche des Rechts, in denen noch »normal« ermittelt wird, während Polizei und Justiz in anderen Bereichen schon kapituliert haben. Dennoch sollten wir nicht sofort davon ausgehen, dass jeder unrechtmäßige Akt automatisch ein politischer ist, mit dem Andersdenkende eingeschüchtert werden sollen.

Die Festnahme von Michael Ballweg dürfte, nach allem was ich inzwischen gehört habe, auf eine übermotivierte Staatsanwaltschaft und einen Richter zurückzuführen sein, der, wie leider üblich, mehr oder weniger blind das unterschreibt, was ihm vorgelegt wird. Der Fall war sicherlich politisch beeinflusst, aber noch nicht in einer Art und Weise komplett willkürlich, wie man es aus autoritären Staaten kennt. Systemische Willkür dürfte vorliegen, wenn die nächste Instanz die Untersuchungshaft von Michael Ballweg bestätigen sollte. Daher erwarte ich, dass die zu erwartende Haftbeschwerde zur Entlassung von Michael führen wird und die Justiz die rechtswidrige U-Haft beendet und den Fehler korrigiert.

Der Fall von Oliver Janich, der kürzlich spektakulär auf den Philippinen verhaftet wurde, ist meines Erachtens nicht mit dem von Michael Ballweg gleichzusetzen. Bei einigen der Aussagen in Janichs Kanal ist juristisch nachvollziehbar, dass die Behörden ermitteln, wenngleich die Justiz häufig auf einem anderen Auge blind ist. Unsere Justiz ist nicht gerecht, aber wir sind (noch) nicht an einem Punkt, an dem jeder mit völlig willkürlichen politisch motivierten Verhaftungen rechnen muss.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

**AACHEN:** Donnerstag ab16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
**BADEN-BADEN:** Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
**BALINGEN:** Donnerstag ab 11 • Zollern Alb Kurier • Grünewaldstr. 15
**BERLIN:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
**CHEMNITZ:** Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
**DORNBIRN (A):** Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
**ERFURT:** Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
**FRANKFURT:** Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
**FREIBURG:** Donnerstag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
**FULDA:** Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
**GARMISCH:** Montag 18.45 • GAPA Tagblatt • Alpspitzstr. 5
**HAMBURG:** Donnerstag ab 17 • ZDF Studio Oberbaumbrücke 1
**HAMBURG:** Donnerstag ab 12 • DER SPIEGEL • Ericusspitze 1
**KEMPTEN:** Donnerstag 17.30 • Allgäuer Zeitung • Heisingerstr. 14
**KIEL:** Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
**KÖLN:** Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
**LANDAU:** Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
**LANDSHUT:** Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
**LÜBECK:** Montag ab 18 NDR Media Docks Willy-Brandt-Allee 31d
**MAINZ:** Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
**MÜNCHEN:** Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
**MÜNCHEN:** Donnerstag ab 18 • Münchner Merkur • Paul Heyse Str 2-4
**NEUBRANDENB.:** Donnerstag ab 16 • NDR
**NEUBRANDENB.:** • Friedrich Engels Ring 51
**NÜRNBERG:** Donnerstag ab 16 • Nürnberger Nachr. • Marienstr.
**OSNABRÜCK:** Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
**POTSDAM:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
**RAVENSBURG:** Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
**ROSENHEIM:** Mittwoch 19.15 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
**SAARBRÜCKEN:** Donnerstag ab 17 • SR Saarland • Franz Mai Str. 8
**STUTTGART:** Donnerstag ab 17 • Stuttgarter Zeitung • Plieninger Str. 150

## IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Martplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!




ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.
WWW.HARLEKIN.SHOP

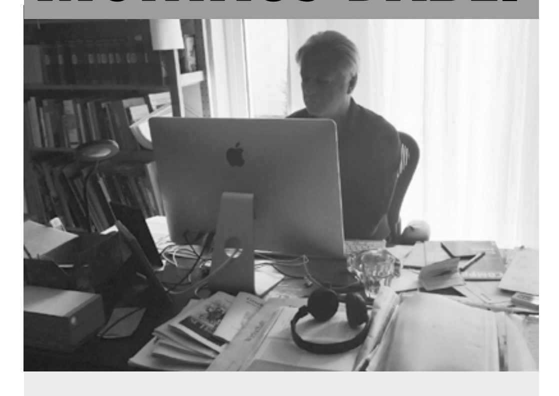
## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| Termin | Ort | Art |
|---|---|---|
| Sa, 27.8.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 27.8.2022 15-18 Uhr | Bochum, Dr.-Ruer-Platz | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 27.8.2022 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 27.8.2022 14-19 Uhr | Düsseldorf, Grabbeplatz | Demoaufzug |
| Sa, 27.8.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Schadowplatz | Versammlung und Umzug |
| Sa, 27.8.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 27.8.2022 14-17 Uhr | Fulda, Am Bahnhof | Demo |
| Sa, 27.8.2022 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 27.8.2022 14-18 Uhr | Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule | Autokorso |
| Sa, 27.8.2022 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 27.8.2022 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 27.8.2022 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 28.8.2022 14-17 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz | Kundgebung und Umzug |
| So, 28.8.2022 18-19:30 Uhr | Bayern, Spittelmühlweg | Spaziergang |
| So, 28.8.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle | Gottesdienst |
| So, 28.8.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 29.8.2022 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Bad Meinbach, Brunnentempel | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 17:45-21 Uhr | Berlin-Pankow, Breite Str. 37 | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Bernau, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Düsseldorf, Grabbeplatz | Demo |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 29.8.2022 18-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Greifswald, Mühlentor | Demo |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Kirchheim bei München, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 29.8.2022 17:30-20 Uhr | Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Rennerod, Hubertusplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Rotenburg (Wümme), Neuer Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 17-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Stralsund, Bürgergarten | Bürgerstammtisch |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 29.8.2022 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 29.8.2022 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 29.8.2022 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 30.8.2022 16:30-18:00 Uhr | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Schlossstraße | Schilderaktion |
| Di, 30.8.2022 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 30.8.2022 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 30.8.2022 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 30.8.2022 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 31.8.2022 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 31.8.2022 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |
| Mi, 31.8.2022 17-19 Uhr | Landshut, Martinskirche | Andacht |
| Mi, 31.8.2022 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 31.8.2022 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 31.8.2022 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 31.8.2022 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 31.8.2022 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Do, 1.9.2022 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 1.9.2022 18-21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Do, 1.9.2022 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 1.9.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 1.9.2022 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 1.9.2022 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 1.9.2022 18-21 Uhr | Warstein, Rathausplatz | Spaziergang |
| Fr, 2.9.2022 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 3.9.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 3.9.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 3.9.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 3.9.2022 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 3.9.2022 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 3.9.2022 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 3.9.2022 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 3.9.2022 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| Sa, 03.9.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Konzerthaus | Fahrradkorso |
| Do, 8.9.2022 10-14 Uhr | Berlin, Platz der Republik 1 | GROßDEMO |
| Fr, 9.9.2022 10-16 Uhr | Berlin, Platz der Republik 1 | GROßAUFZUG |
| Sa, 10.9.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge | Demoaufzug |
| Sa, 10.9.2022 15:30-18 Uhr | Kassel, Königsplatz | Demo |
| Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr | Köln, Rudolfplatz | Kundgebung und Aufzug |
| So, 2.10.2022 10-18 Uhr | Bodensee, im Osten des Friedensee | FRIEDENSKETTE |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**

## MONTAGS DABEI



**»Ich bin Deutscher.« Darauf legt der Journalist Jürgen Elsässer wert. Seite Autobiographie »Wie ein Linker zum Patrioten wurde« (dtw Berlin, 2022), schildert Situationen seiner Karriere als Journalist für *junge Welt, Neues Deutschland, Konkret, Jüdische Allgemeine* und seiner Gründung des erfolgreichen *Compact-Magazins.***

Doch Jürgen Elsässer ist nicht nur ein Journalist, mit dem es nicht langweilig wird, sondern er hat offenbar auch klare Prinzipien. Unter der »Corona« nahm er die Einladung des Regimes nicht an, nun überall »Virenschleudern« zu erblicken, die etwa in Gestalt von Grenzgängern über uns hereinbrächen, um uns mit Krankheiten zu übersäen. Diese hundsgemeine Aufforderung zum Hass von Seiten des Corona-Terrorregimes richtete sich direkt an die »Rechten«, zu denen Elsässer mittlerweile gezählt werden soll.

Die deutsche Demokratiebewegung ist international gut verbunden und wurde ganz klar von echten Linken, Fortschrittlichen und weltlichen Religiösen gegründet. Elsässer steht der Bewegung seit Mitte 2020 bei, indem er mit seinem *Compact-Magazin* ganz klar und auf diesem Feld mit hohen journalistischen Standards zur Aufklärung der massenmörderischen Corona-Lüge beträgt. Seit Ende 2021 unterstützte er den Fünf-Punkte-Plan der Demokratiebewegung vom 28. März 2020 auch konkret durch das Bündnis *Impf-Streik.de.* Die historischen Montagsspaziergänger von 1989, von 2015 und seit 2020 kamen einander näher. »Sind wir hier womöglich zusammen drin?« Am Nachmittag des 1. August 2022 feierten Montagsspaziergänger und Demokatiebewegung ihre Wiedervereinigung auf dem Berliner Gendarmenmarkt im Zuge der Woche der Demokratie. Die demokratische Querfront von traditionell verfeindeten Strömungen bietet allen Seiten eine große Chance auf Verständigung – und für das unfertige Deutschland die Chance, endlich ein neues Kapitel seiner Geschichte in den Grenzen von 1990 aufzuschlagen; unser Land, wo die besten Züge der politischen Traditionen münden und die schlechten hinter uns gelassen werden.

Wer den Schwachen helfen will, um sie stark und gerecht zu machen und die Unterdrücker abzuschütteln, braucht schon ein paar Millionen Helden oder muss selber einer sein. Jürgen will ein Held sein – und dagegen ist im Sinne eines neutralen, sozialen und freien Deutschlands nichts einzuwenden. Er ist eben Deutscher. (ale)

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | **75 JAHRE NÜRNBERGER KODEX** | Von Vera Sharav

**»Die Regierung erlaubte mehreren hundert jüdischen Waisenkindern unter 12 Jahren die Rückkehr nach Rumänien. Ich war kein Waisenkind; meine Mutter hatte gelogen, um mein Leben zu retten.**

Ich bestieg einen Viehwaggonzug – denselben Zug, der weiterhin Juden in die Vernichtungslager transportierte – selbst als Deutschland den Krieg verlor. Es dauerte vier Jahre, bis ich mit meiner Mutter wiedervereint war. Der Holocaust dient als archetypisches Symbol für das unermesslich Böse. Moralische Normen und menschliche Werte wurden systematisch ausgelöscht. Das Nazi-System zerstörte das soziale Gewissen. Millionen von Menschen wurden als Sklavenarbeiter zu Tode geschuftet. Andere wurden als menschliche Versuchskaninchen missbraucht.

Der Holocaust begann nicht erst in den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka. Dem Holocaust gingen neun Jahre der schrittweisen Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Aufhebung der gesetzlichen und bürgerlichen Rechte voraus. Die Bühne wurde durch Angstmacherei und Hasspropaganda bereitet. Eine Reihe von demütigenden, diskriminierenden Regierungserlassen dämonisierte die Juden als ›Krankheitsüberträger‹. Wir wurden mit Läusen verglichen. Die wahre Viruserkrankung, die Nazideutschland infizierte, ist die Eugenik – die elitäre Ideologie, die allen Völkermorden zugrunde liegt.

**Eugenik ist in einen Mantel der Pseudowissenschaft gehüllt. Sie wurde vom akademischen und medizinischen Establishment sowie von der Justiz übernommen – in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Eugeniker rechtfertigen soziale und wirtschaftliche Ungleichheit. Sie legitimieren Diskriminierung, Apartheid, Sterilisation, Euthanasie und Völkermord. Die Nazis nannten es ethnische Säuberung – zum Schutz des Genpools. Die Medizin wurde von ihrem Heilungsauftrag entfremdet und zu einer Waffe gemacht. Zunächst diente sie der Kontrolle der Fortpflanzung durch Zwangssterilisation, dann der Eliminierung der als »Untermenschen« betrachteten Unmenschen. Die ersten Opfer des medizinischen Mordes waren 1.000 deutsche behinderte Säuglinge und Kleinkinder. Diese mörderische Operation wurde auf schätzungsweise 10.000 Kinder bis zum Alter von 17 Jahren ausgeweitet.**

Die nächsten Opfer waren psychisch Kranke, gefolgt von alten Menschen in Pflegeheimen. Alle diese Menschen wurden als »wertlose Esser« verurteilt. Im Rahmen der Operation T-4 wurden bestimmte Krankenhäuser zu Tötungsstationen, in denen verschiedene Vernichtungsmethoden erprobt wurden – darunter auch Zyklon B, das Gas, das in den Vernichtungslagern eingesetzt wurde. Das Ziel der nationalsozialistischen Endlösung bestand darin, die gesamte jüdische Bevölkerung Europas, 11 Millionen, so schnell und effizient wie möglich zu vernichten. Die Nazis erließen diskriminierende Gesetze; sie setzten moderne Technologie, kostengünstige industrielle Methoden, ein effizientes Transportsystem und eine hochqualifizierte Bürokratie ein, die den industriellen Völkermordprozess koordinierte. Das Ziel war hohe Geschwindigkeit, maximale Effizienz bei niedrigsten Kosten.

Die menschlichen Opfer dieses beispiellosen Völkermords waren 6 Millionen Juden und 9 Millionen andere Menschen, die die Nazis als Untermenschen entmenschlichten. Der Zweck von Holocaust-Gedenkstätten besteht darin, künftige Generationen zu warnen und darüber zu informieren, wie eine aufgeklärte, zivilisierte Gesellschaft in ein völkermörderisches Universum verwandelt werden kann, das von absoluter moralischer Verderbtheit beherrscht wird. Wenn wir einen weiteren Holocaust verhindern wollen, müssen wir bedrohliche aktuelle Parallelen erkennen, bevor sie das Gefüge der Gesellschaft vergiften. Seit der Zeit des Nationalsozialismus sind das Studium der Geschichte und die meisten Geisteswissenschaften – einschließlich Philosophie, Religion und Ethik – von der Betonung der utilitaristischen Wissenschaft und Technologie überschattet worden.

**Infolgedessen erkennen nur wenige Menschen die bedrohlichen Ähnlichkeiten zwischen der aktuellen Politik und der des Naziregimes. Durch die Ausrufung des Ausnahmezustands – 1933 und 2020 – wurden die verfassungsmäßig geschützte persönliche Freiheit, die gesetzlichen Rechte und die Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Repressive, diskriminierende Verordnungen folgten. Waren es 1933 vor allem Juden, die diskriminiert wurden, so sind es heute Menschen, die sich weigern, sich mit experimentellen, gentechnisch veränderten Impfstoffen impfen zu lassen. Damals wie heute wurden staatliche Diktate geschaffen, um Teile der Bevölkerung zu eliminieren. Im Jahr 2020 verbot die Regierung den Krankenhäusern, ältere Menschen in Pflegeheimen zu behandeln. Das Ergebnis war ein Massenmord.**

Regierungsdekrete verbieten Ärzten weiterhin, lebensrettende, von der FDA zugelassene Medikamente zu verschreiben; von der Regierung diktierte Protokolle töten weiterhin. Die Medien schweigen – wie damals. Die Medien verbreiten ein einziges, von der Regierung diktiertes Narrativ – genau wie unter den Nazis. Eine strenge Zensur bringt Andersdenkende zum Schweigen. In Nazi-Deutschland gab es nur wenige, die sich dagegen wehrten; die, die es taten, wurden in Konzentrationslagern inhaftiert. Heute werden Ärzte und Wissenschaftler, die das anerkannte Narrativ in Frage stellen, verleumdet und ihr Ruf wird in den Schmutz gezogen. Sie riskieren, ihre Approbation zu verlieren, und ihre Wohnungen und Arbeitsplätze werden von SWAT-Teams durchsucht.

Die moralische Bedeutung des Nürnberger Kodex kann nicht hoch genug eingeschätzt werden: Der Nürnberger Kodex ist das maßgebliche, international anerkannte Dokument in der Geschichte der medizinischen Ethik. Dieses bahnbrechende Dokument wurde als Reaktion auf die von Ärzten und Wissenschaftlern der Nazis begangenen medizinischen Gräueltaten formuliert. Der Kodex legt die moralischen Grenzen für die Forschung am Menschen fest. Der Nürnberger Kodex lehnt die Ideologie der Eugenik ab und bekräftigt unmissverständlich den Vorrang und die Würde des einzelnen Menschen – im Gegensatz zum ›höheren Wohl der Gesellschaft‹. Die amerikanischen Juristen, die den Nürnberger Kodex formulierten, übernahmen die offiziellen deutschen Richtlinien für Menschenversuche von Dr. Julius Moses aus dem Jahr 1931. Diese Richtlinien blieben bis 1945 rechtlich in Kraft. Die Nazis verstießen in vollem Umfang gegen sie. Dr. Moses, der Jude war, wurde nach Theresienstadt deportiert, wo er starb.

Der Nürnberger Kodex definierte grundlegende, universelle moralische und rechtliche Standards und bekräftigte die grundlegenden Menschenrechte. Diese Menschenrechte gelten für jeden Menschen. Der Kodex setzt Grenzen für die Parameter zulässiger medizinischer Experimente. Ebenso wichtig ist, dass der Nürnberger Kodex Ärzte und Forscher persönlich dafür verantwortlich macht, die Sicherheit der Versuchspersonen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Person freiwillig und in voller Kenntnis der Sachlage ihre Einwilligung gegeben hat. Die Normen des Nürnberger Kodex sind in das Internationale Strafgesetzbuch aufgenommen worden. Sie sind heute sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten rechtlich anwendbar. Das Ziel des Nürnberger Kodex ist es, sicherzustellen, dass die Medizin nie wieder vom ethischen Vorsorgeprinzip abweicht: ›Erstens, schade nicht!‹

Der Nürnberger Kodex diente als Vorbild für nachfolgende nationale und internationale Menschenrechtskodizes – um sicherzustellen, dass: Die Rechte und die Würde des Menschen gewahrt werden; und um sicherzustellen, dass Ärzte nie wieder moralisch abscheuliche Experimente durchführen. Wie bei den Zehn Geboten darf kein einziges Wort des Kodexes jemals geändert werden. Der erste der zehn ethischen Grundsätze legt die wichtigste ethische Forderung fest, die sehr detailliert formuliert ist: ›...unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges... ‹

Die völkermörderische Kultur, die das Naziregime durchdrang, endete nicht im Jahr 1945. Sie metastasierte in den Vereinigten Staaten. Am Ende des Krieges halfen Agenten der US-Regierung 1.600 hochrangigen Nazi-Wissenschaftlern, -Ärzten und -Ingenieuren, sich der Justiz in Nürnberg zu entziehen. Diese Nazi-Technokraten erleichterten die mörderischen Operationen der Nazis. Sie waren Hitlers Partner bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie wurden im Rahmen der Operation *Paperclip* heimlich in die USA geschmuggelt. Dies geschah unter Missachtung der ausdrücklichen Anweisung von Präsident Harry Truman. Diese Nazi-Verbrecher wurden in hochrangigen Positionen in großen amerikanischen wissenschaftlichen und medizinischen Einrichtungen untergebracht, wo sie ihre Arbeit fortsetzten.

Darüber hinaus bildeten diese Nazi-Technokraten eine Generation von amerikanischen Wissenschaftlern, Ärzten und Ingenieuren aus. Auf diese Weise wurden die Nazi-Methoden und die unmoralische Missachtung menschlicher Werte in Amerika verankert. 1961 warnte Präsident Dwight Eisenhower in seiner Abschiedsrede an die Nation vor der zunehmenden Dominanz des ›militärisch-industriellen Komplexes‹, dessen ›totaler Einfluss – wirtschaftlich, politisch und sogar spirituell – [überall] zu spüren ist‹.

**Eisenhower warnte: ›Wir müssen uns der Gefahr bewusst sein, dass die öffentliche Politik selbst zur Gefangenen einer wissenschaftlich-technologischen Elite werden könnte.‹ 1979 warnte ein Bericht der US-Kommission über den Holocaust unter dem Vorsitz des Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel an den Präsidenten: ›... die Neigung, die Option der Nazis zu duplizieren und erneut Millionen von Menschen zu vernichten, bleibt eine abscheuliche Bedrohung.‹ Diejenigen, die erklären, dass Analogien zum Holocaust ›tabu‹ seien, verraten die Opfer des Holocaust, indem sie die Relevanz des Holocaust leugnen. Der Nürnberger Kodex dient seit seiner Veröffentlichung vor 75 Jahren als Grundlage für die ethische klinische Forschung. Die Covid-Pandemie wird als Gelegenheit genutzt, um die im Nürnberger Kodex festgelegten moralischen und rechtlichen Parameter umzustoßen.**

Der Nürnberger Kodex ist unsere Verteidigung gegen missbräuchliche Experimente. Die Menschheit wird derzeit von den globalen Erben der Nazis belagert. Eine Gruppe rücksichtsloser, miteinander verbundener, globaler Milliardäre hat die Kontrolle über nationale und internationale politische Institutionen erlangt. Sie haben mit der Umsetzung einer teuflischen Agenda begonnen: Umsturz der Demokratie und der westlichen Zivilisation; Entvölkerung der Weltbevölkerung; Abschaffung der Nationalstaaten und Einführung einer Weltregierung; Abschaffung des Bargelds und Einführung einer digitalen Währung; jedem Menschen digitale IDs und Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz einpflanzen.

Wenn diese Ziele Wirklichkeit werden, werden wir 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche digital überwacht. Im Mai 2022, auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, erklärte Klaus Schwab, der Architekt des dystopischen Great Reset: ›Die Zukunft findet nicht einfach so statt; die Zukunft wird von uns, einer mächtigen Gemeinschaft hier in diesem Raum, gestaltet. Wir haben die Mittel, den Zustand der Welt zu erzwingen.‹ Das ultimative Ziel dieser Größenwahnsinnigen ist es, die totale Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und die finanziellen Mittel der Welt zu erlangen und die Menschen durch transhumane Roboter zu ersetzen. Der Transhumanismus ist ein biotechnologisch verbessertes Kastensystem – die Neue Eugenik. Klaus Schwabs führender Berater ist Yuval Noah Harari, ein an der Oxford University ausgebildeter Israeli. Harari ist ein Befürworter der Neuen Eugenik und des Transhumanismus. Harari bezeichnet den Menschen als ›hackbares Tier‹ Er erklärte: ›Wir haben die Technologie, um Menschen in großem Umfang zu hacken ...‹

Harari verachtet das Konzept von Gott selbst. Transhumanisten verachten die menschlichen Werte und leugnen die Existenz einer menschlichen Seele. Harari erklärt, dass es zu viele ›nutzlose Menschen‹ gibt. Die Nazis bezeichneten sie als ›wertlose Esser‹. Dies ist die Neue Eugenik. Sie wird von den mächtigsten globalen Milliardär-Technokraten, die sich in Davos versammeln, befürwortet: *Big Tech, Big Pharma*, die Finanzoligarchen, Akademiker, Regierungsvertreter und der militärisch-industrielle Komplex. Diese Größenwahnsinnigen haben den Weg für einen weiteren Holocaust geebnet.

Diesmal ist die Bedrohung durch den Völkermord von globalem Ausmaß. Statt Zyklon B-Gas sind die Massenvernichtungswaffen diesmal gentechnisch hergestellte injizierbare Biowaffen, die sich als Impfstoffe tarnen. Diesmal wird es keine Retter geben. Wenn wir uns nicht alle wehren, Nie Wieder ist JETZT.« (Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Uwe Alschner.)

**Preis der Republik, Seite 2. Zum Quartären Antisemitismus, Seite 15.**

# Widerstand statt Ruhestand

***oder »Wir lassen uns davon nicht beeindrucken«*** | Von Hannes Henkelmann

**In Würselen treffe ich das Ehepaar Klein. Ich spreche mit den beiden Aktivisten über erkennungsdienstliche Behandlungen, verlängerte Arme und eine politische Sünde.**

**Stellen Sie sich doch bitte vor!**
Wir heißen Helene und Ansgar Klein, sind beide Jahrgang 1937 und seit 59 Jahren verheiratet. Wir haben zwei erwachsene Kinder und zwei Enkelkinder. Wir leben seit 55 Jahren in Würselen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Aachen. Wir waren beide Gymnasiallehrer und sind seit 1999 pensioniert.

**Sie könnten beide Ihren Ruhestand genießen, doch stattdessen sind Sie deutschlandweit im Widerstand unterwegs – zuletzt auf der Demowoche in Berlin. Was treibt Sie an?**
Wir beide waren Anhänger der CDU, Adenauer geprägt. Doch der »Prager Frühling« und Alexander Dubceks »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« haben uns aufgerüttelt, und seither treibt uns beide die Sorge um unser Land um. Im Wahlkampf 1969 haben wir für Willy Brandt geworben und sind aktive Mitglieder der SPD geworden, bis uns der Umwelt- und friedenspolitische Kurs der SPD veranlasste, 1981 die Partei zu verlassen. Ein Jahr später zählten wir zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in Würselen. Der grausame Vietnamkrieg trieb uns zum ersten Mal auf die Straße. Bis heute ist »die Straße« für uns ein wichtiges Mittel des Protests geblieben.

**Auf der von Ihnen betreuten *Website www.ac-frieden.de* dominiert das Thema Frieden & Freiheit. Sie wünschen sich unter anderem den Austritt aus der Nato. Diese Position ist bei den Grünen momentan nicht gerade *en vogue*. Sind Sie noch in der Partei?**
Wir betonen bei jeder passenden Gelegenheit, dass es eine politische »Sünde« war, 1999, als Joschka Fischer, damals



*Seit Jahrzehnten politisch aktiv: Helene und Ansgar treibt die Sorge um ihr Land.*
*Foto: Hannes Henkelmann*

Außenminister, für den Nato-Krieg gegen Serbien trommelte, nicht bei den »Grünen« ausgetreten zu sein. Wir haben das erst Ende 2013 getan, als die »Grünen« der Stationierung von deutschen Flugabwehrraketen an der türkisch-syrischen Grenze zustimmten.

1999 waren wir mit der »Grünen«-Fraktion recht erfolgreich im Würselener Stadtrat tätig und nur am Rande an der Bundespolitik interessiert. Was heute sogenannte Grüne vom Schlage Baerbock und Habeck in Berlin anstellen, ist abgrundtief von den »Vier Säulen« – ökologisch, gewaltfrei, sozial und basisdemokratisch – entfernt, mit denen die Partei Anfang der 80er Jahre angetreten ist. Noch 1990, als Ansgar für die Grünen im Landkreis Aachen für den Bundestag kandidierte, stand auf ihren Wahlplakaten: »Für ein Deutschland ohne Armee!«

Heute ist das Außenamt wieder »grün« getüncht und handelt, wie es sich das US-Kriegskartell nicht besser wünschen kann, das Kriegskartell, das seit 1949 einen verlängerten Arm hat, die Nato! Wir sind schon lange in der Kampagne »Nato raus – raus aus der Nato« aktiv und haben den »Neuen Krefelder Appell«, der diese Forderungen erhebt, mitinitiiert.

**2021 waren Sie Pfingsten zu den Protestaktionen in Berlin. Wie Videos zeigen, die damals im Netz rundgingen, hat die Polizei Sie recht robust behandelt. Können Sie schildern, was genau passiert ist?**
Wir beide waren am 21. Mai nach Berlin gereist, um an den Pfingsttagen friedlich für die uneingeschränkte Wiederherstellung unserer Grundrechte einzutreten, die mit dem sogenannten 4. Bevölkerungsschutzgesetz vom 23. April 2021 verfassungswidrig eingeschränkt wurden. Was wir an diesen Pfingsttagen in Berlin erlebt haben, war die gewaltsame Unterdrückung sämtlicher friedlicher Proteste im Rahmen der Veranstaltung »Pfingsten in Berlin«, und das, was speziell uns beiden widerfuhr, hat uns hautnah gezeigt, wie tief unsere hochgepriesene »Freiheitlich-demokratische Grundordnung« gesunken ist. Bei den sogenannten erkennungsdienstlichen Behandlungen durch die Polizei, die uns an diesem Tag gleich zweimal zuteilwurden, wurden wir behandelt wie Verbrecher.

Am Pfingstsonntagmorgen wollten wir im »Präsidentendreieck« in Moabit an einer Mahnwache teilnehmen. Obwohl bei der Mahnwache nur circa 200 Personen anwesend waren, wurde per Polizei-Lautsprecher durchgesagt, dass die Veranstalter die »Hygiene-Regeln« nicht durchsetzen könnten und daher die Versammlung aufgelöst werden müsse. Diese Auflösung mit anschließenden Festnahmen war offensichtlich von vornherein geplant, denn die Polizei war mit zahlreichen Mannschaftswagen, mindestens einem Gefangenentransportwagen und einer »mobilen Polizeistation« vor Ort. Noch vor der dritten Polizeidurchsage wurden wir beide – wir saßen auf einer Parkbank – von Polizisten am Arm gepackt und in Richtung Polizeistation gezerrt. Dort wurden nach langer Wartezeit »Verbrecher-Fotos« mit »Fahndungsplakat« vor der Brust von uns gemacht. Schließlich wurden wir mit Platzverweisen und der Androhung von Bußgeld »entlassen«.

Ähnlich erging es uns auch am Nachmittag auf dem Breitscheidplatz, wo eine Kundgebung stattfinden sollte. Kaum hatte der Redner einige Sätze gesprochen, wurde er von Polizisten gehindert, seine Rede fortzusetzen. In der Erwartung, dass die Kundgebung noch fortgesetzt würde, blieben wir vor Ort. Plötzlich wurden wir gewahr, dass wir von Hunderten Polizisten eingekesselt waren. Nach mehr als zwei Stunden wurden wir zur erkennungsdienstlichen Behandlung aus der Einkesselung zur mobilen Polizeistation herausgeführt. Es ist ganz offensichtlich, dass all diese repressiven Maßnahmen von Regierungen und Behörden, die unsere Freiheitsrechte mehr und mehr einschränken, den Protest gegen diese Maßnahmen derart erschweren sollen, dass er zum Erliegen kommt. Wir lassen uns davon allerdings nicht beeindrucken.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

# Briefe an die Redaktion

*Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin*

### BITTE KEIN GENDER-SPRECH

Liebe Freunde, ich schätze die Zeitung sehr und finde sie wichtig. Allerdings möchte ich keine Anschreiben bekommen, mit denen ich in »Gender-Sprech« angesprochen werde. Es heißt nicht »AbonnentInnen«, sondern »Abonnenten«. Ersteres ist von der Rechtschreibung her falsch. Übrigens lehnt die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Gender-Schreibweise ab. Trotzdem so zu schreiben, ist also demokratiefeindlich. Es reicht doch, wenn wir die demokratiefeindlichen »öffentlich-rechtlichen« Medien haben. Bitte schreibt doch wieder korrekt und demokratisch. Freundliche Grüße.
– Martin S.

### DER TIEFE STAAT

Liebe Freunde, nochmals möchte ich Ihnen für Ihr Bemühen beim Wachrütteln der schlafenden Menschen danken. Keine der staatstreuen Zeitungen warnt vor der Gefahr des Tiefen Staates, der uns zu Sklaven und Robotern machen will. Ich grüße Sie freundlich.
– Roswitha H.

### SUBVERSIVE KARIKATUREN

Hallo meine Lieben, seit Beginn des Wahnsinns zeichne ich Karikaturen und veröffentliche diese bei Instagram und nach Androhung der Sperrung auch auf Telegram (t.me/osaft007). Schaut euch meinen Kanal mal an, vielleicht findet Ihr was Brauchbares für eure super Arbeit. Zur Zeit arbeite ich mit der Zeitung Der Bundesbote zusammen, bin auch der Zeichner der Bilder aus dem wunderbaren Buch »Das Märchen vom Pickel am Fuss«. Ich verzapfe meine eigenen Ideen oder auf Anregung. Vielleicht habe ich euer Interesse geweckt. Freue mich über eine Antwort. Mit freundlichen Grüßen.
– Olaf S.

### ZU ZARTBESAITET

Liebes DW-Team, Aufklärung ist das Gebot der Stunde. Beinahe seit es diese Zeitung gibt, bin ich Abonnentin. Als zartbesaitete Person bemerke ich schon seit einiger Zeit, dass es mich immer mehr Überwindung kostet, mich jede Woche aufs Neue mit dem betrüblichen Material zu konfrontieren. Daher halte ich es für angemessen, mich – zu meinem eignen Schutz – von dieser für mich schmerzhaften Auseinandersetzung zu befreien. Ich habe die Zeitung immer mit großem Gewinn gelesen. Eure Courage und Zielstrebigkeit sind bewundernswert. Ich wünsche euch, dass es auch in Zukunft so bleibt. Viel Glück weiterhin und vielen Dank für eure Arbeit.
– Christine T.

## AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

# Der Bürger unter den Augen des Staates

***Wer Grund und Boden hat, kommt jetzt mit der neuen Grundsteuer ins Schwitzen. Denn alle Daten zu Haus und Heim müssen akribisch aufgelistet werden.*** | Von Hermann Ploppa




*Auch für Immobilienbesitz gilt in der Neuen Normalität: weniger Datenschutz, mehr staatlicher Zugriff. Foto: Sandra Doornbos*

**Grundbesitzer raufen sich das noch verbliebene Haupthaar. Besonders ältere, wenig computeraffine Mitbürger bekommen Nervenzusammenbrüche. Denn das Finanzamt will bis zum 31. Oktober dieses Jahres genau wissen, was der Bundesbürger so an Immobilienbesitz vorzuweisen hat. Und weil wir ja alle in die schöne neue digitale Welt überführt werden sollen, können wir unser Wissen dem Finanzamt nur über das drolligerweise »Elster« getaufte *Online*-Portal mitteilen.**

Papier ist nicht nur sehr geduldig und absolut *out*, sondern bis auf das Bundesland Bayern sogar als Mitteilungsmedium vollkommen unzulässig. Warum heißt jenes digitale Folterinstrument eigentlich »Elster«? Ist besagter Vogel namens Elster nicht dafür bekannt und berüchtigt, dass er unser Tafelsilber entwendet? Pflegt man etwa in der als dröge bekannten Finanzbürokratie eine Art von hintergründigem Humor?

Wie auch immer. Es gilt, 36 Millionen Grundstücke in Deutschland zu erfassen und sodann neu zu besteuern. Mit dem jetzt gesammelten Detailwissen sollen alle Grundstücke dann ab dem 1. Januar 2025 besteuert werden. Neuerungen mit ungewissem Ausgang sind nicht immer willkommen. Manche Mitbürger haben schon einmal hochgerechnet, dass sie nach den neuen Besteuerungsregeln bis zu zehnmal mehr Grundsteuer berappen müssten als jetzt! Dass heuer alles neu berechnet werden muss, verdanken wir im Prinzip dem ehrenwerten Grundsatz der Gewaltenteilung.

Ein Bundesbürger hat gegen die alte Grundsteuer geklagt. Und das Bundesverfassungsgericht hat sodann im Jahre 2018 geurteilt, dass das bisher gültige Steuerrecht für Immobilien gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde.

Tatsächlich hatte es nach der deutschen Wiedervereinigung keine Neufassung der Grundsteuer-Regelungen für das gesamte Bundesgebiet gegeben. Gültig waren nach wie vor im Westen Deutschlands die Regeln von 1964, und im Osten Regeln von 1935. Die Politik wurde zu einer Neufassung des Grundsteuergesetzes bis zum Jahr 2020 verdonnert. Und, das knoteten die Richter den Politikern noch ins Taschentuch, ein neues Grundsteuerrecht sollte auf keinen Fall für eine heimliche Erhöhung der Steuereinnahmen irgendeinen Vorwand abgeben. Die bisherige Einnahmehöhe von 15 Milliarden Euro dürfe auf keinen Fall bei der neuen Steuer überschritten werden.

### VIELE KÖCHE, VIELE REZEPTE FÜR DEN BREI

Es wurde lange gerungen. Die Sozialdemokraten wollten, dass die Reichen unter den Immobilienbesitzern in Zukunft durch ein wertabhängiges Steuermodell mehr zahlen sollten. Die Interessenvertreter der Reichen in der Politikerkaste wollten allerdings, dass in einem wertunabhängigen Steuermodell nur die reine Bodenfläche besteuert wird. Herauskam eine Mischung aus beiden. Neun Bundesländer übernehmen jenes Steuermodell, das der damalige sozialdemokratische Finanzminister Scholz ausarbeiten ließ. Sieben Bundesländer haben ihren Finanzämtern jeweils eigene Steuermodelle verordnet.

In Bayern wird die Grundsteuer allein nach der Flächengröße berechnet, in Hamburg spielt auch die Lage des Objekts eine Rolle. Für Baden-Württemberg wiederum ist der Wert des Grundstücks entscheidend.

Die Verwirrung ist groß. So haben die befragten Immobilienbesitzer ihre Hausaufgaben bislang nur zu einem geringen Teil erfüllt: In Mecklenburg-Vorpommern sind gerade erst 4,2 Prozent aller Steuererklärungen beim Finanzamt abgeliefert worden, während schon 13,9 Prozent aller Hessen damit durch sind. Nun ja, es sind ja noch Ferien. Wer will sich schon die schönen Tage am Strand mit so einem trockenen Brei verderben?

Politik und Behörden waren sich schon im klaren, dass sie mit der Ausfragung nicht gerade Begeisterung auslösen würden. Und es war auch klar, dass beachtliche Mehraufwendungen durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts auf die Solidargemeinschaft der Steuerzahler zukommen würden.

Das Finanzamt hat vorgerechnet, dass seine Beamten etwa zwei Millionen zusätzliche Dienststunden für die Grundsteuer-Neuerfassung abbrummen müssen. Dafür sind nun auch etwa 3.000 neue Hilfskräfte angeheuert worden. Für diese Leistungen sind Extrakosten in Höhe von 462 Millionen Euro angesetzt. Um die digitale Speisung der diebischen Elster auf den Mehraufwand digital auszurichten, sind noch einmal zusätzlich 44 Millionen Euro auszugeben.

Das Finanzamt erbringt diesen Mehraufwand für die Gemeinden. Die Gemeinden haben grundsätzlich zwei steuerliche Einnahmequellen: zum einen die Gewerbesteuer. Und eben zum anderen die Grundsteuer. Die Gemeinden können aber die Höhe der Einnahmen aus diesen Quellen selber noch einmal steuern – durch den so genannten Hebesatz. Es wurde einmal ein Hebesatz festgelegt. Da der aber zu niedrig ist für den Bedarf der Kommunen, darf die Gemeinde nicht weniger als 200 Prozent des Hebesatzes verlangen. Damit soll verhindert werden, dass die Gemeinden sich in einer Art von *Preisdumping* gegenseitig kaputt konkurrieren. Nach oben hin ist aber bei den Hebesätzen alles offen.

### ZEHNMAL MEHR GRUNDSTEUER

So verlangen manche attraktive Gemeinden in Baden-Württemberg sogar einen Hebesatz von 900 Prozent. Und das ist der Angstfaktor für manche Immobilienbesitzer. Denn die Grundsteuer wird mit dem Hebesatz multipliziert. Auf diese Weise könnten tatsächlich Grundbesitzer ab 2025 zehnmal mehr Grundsteuer berappen als bisher. Doch die Gemeinden müssen ihre Hebesätze auch so anpassen, dass insgesamt bundesweit nicht mehr als eben die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen 15 Milliarden Euro eingenommen werden. Ein hochkomplizierter Balance-Akt.

Und wer bietet die Gewissheit, dass der Gesetzgeber nicht doch noch ein Schlupfloch aufmacht, um die Grundsteuer ungeachtet der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts drastisch anzuheben? Das Misstrauen in der Bevölkerung ist nach all den Rechtsbrüchen der letzten zweieinhalb Jahre durch die Politik nicht unerheblich angewachsen.

Doch es gibt noch einen weiteren Anlass zu Misstrauen und Sorge. Denn die Kontrolle der Bundesbürger durch den Staat wird durch die Grundsteuer ganz erheblich vertieft. Viele der jetzt vom Bürger abgefragten Daten haben die Behörden schon lange. Doch die Behörden wissen nicht genau wo die Daten sind. Ein Flickenteppich von behördlichen Datenbanken machet es bislang noch schwer, den Bürger gläsern zu durchschauen. Und nun füllt der Bürger auf eigene Kosten diese Lücken. Das *Handelsblatt* beklagt: »Der Bürger soll in drei Monaten händisch zusammentragen, was der Staat seit mehr als einem Jahrzehnt nicht verknüpft bekommt.«

Es ist nicht das erste Mal, dass der Bundesbürger durch eigene Arbeit das Werkzeug erstellt zu seiner eigenen Überwachung. Hinzu kommt, dass jetzt gerade eine Volkszählung 2022 durchgeführt wird. Nachdem die Volkszählungen der Jahre 1983 und 1987 nicht sehr erfolgreich verlaufen sind, weil die gesamte Bevölkerung vom Großen Bruder *gescannt* werden sollte, und sich deswegen eine Massenbewegung gegen die Volkszählung formierte, sollen diesmal nur jeweils zehn Prozent der Bevölkerung gründlich ausgefragt werden zu ihren Lebensbedingungen. Keine Sorge, so sagt man uns: Es geht doch nur darum, zukünftigen Bedarf für Kitas und Schulen zu ermitteln. Na, dann ist ja alles gut.

# PERVERSES GESCHENK AN DIE KONZERNE

***Angeblich soll die Gasumlage die Sicherheit unserer Energieversorgung garantieren. Tatsächlich schwimmen die Energieversorger im Geld.*** | Von Hermann Ploppa

**Die Gasverbraucher in Deutschland sind sowieso schon extrem verunsichert. Denn die Gaspreise »explodieren«, wie so manches Presseerzeugnis berichtet. Preissteigerungen von 133 Prozent innerhalb eines Jahres sind keine Seltenheit. Und nun also noch die Gasumlage als i-Tüpfelchen oben drauf.**

Zu jeder Kilowattstunde soll der Verbraucher aus Industrie oder aus den Privathaushalten noch einmal mit Mehrwertsteuer 2,59 Cent mehr bezahlen. Begründung: Die großen systemrelevanten Gaslieferanten hatten russisches Gas angekauft zu niedrigen Preisen, haben es aber jetzt nicht bekommen. Nun müssen sie, um ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden erfüllen zu können, kurzfristig sehr teures Gas an der Börse hinzukaufen. Sie machen bei dieser Transaktion, so wird gesagt, extreme Verluste.

Der größte Gaslieferant Uniper geriet in Schieflage. Der Staat Bundesrepublik erwarb ein Drittel der Anteile von Uniper und versorgte den Lieferanten mit günstigen Krediten. Dann kam die Gasumlage. Die Lieferanten betreiben eine Netzagentur »Trading Hub Europe« (THE). Und die hat der Bundesregierung nun zwölf Lieferanten genannt, die angeblich durch den geplatzten russischen Gas-*Deal* Verluste erlitten hätten.

Um die Insolvenz dieser Unternehmen in letzter Sekunde zu vermeiden, müssten die Gaskunden 34 Milliarden Euro aus der Gasumlage ausgezahlt bekommen – Uniper als größter Versorger soll davon alleine zwölf Milliarden Euro bekommen. Die Gasumlage soll bis Ende des Jahres 2024 weiter gezahlt werden, wobei der Betrag alle drei Monate dem Bedarf der Versorger angepasst werden soll.

Nun gehen aber schon die ersten Politiker, auch aus der Ampel-Koalition auf Distanz zu dem Vorhaben. Es stinkt nämlich so sehr zum Himmel, dass selbst wirtschaftsnahe Zeitungen wie *Handelsblatt* oder die *Wirtschaftswoche* eine rasche Revision der Gasumlage fordern. Denn keiner der von THE genannten Energielieferanten ist auch nur entfernt von Insolvenz bedroht. Vielmehr schwimmen die meisten Nutznießer der Gasumlage nur so im Geld, das durch erhöhte Energiepreise ins Haus gespült wurde.




*Schluss mit Korruption: Demokraten fordern das imperative Mandat für Politiker.* Foto: Georgi Belickin

#### KORRUPTE REGIERUNG VERHÄTSCHELT MILLIARDÄRE

Der Energieriese RWE hat im letzten Jahr einen Gewinn vor Steuern von 2,8 Milliarden Euro gemacht. RWE ließ sich auf die Liste der THE aufnehmen, will aber auf Geld aus der Gasumlage verzichten. Das ist klug. Denn RWE produziert billige erneuerbare Energie, kann die aber zu den überhöhten Tarifen von Gas verkaufen. Man möchte vermeiden, dass RWE wegen obszöner Übergewinne ins Gerede kommt (siehe DW 101).

Globalriese Shell verzichtet komplett auf Ansprüche aus der Gasumlage. Solche Hemmungen hat man bei EnBW nicht. Obwohl EnBW für 2022 mit einem Reingewinn in Höhe von drei Milliarden Euro rechnet, nimmt der schwäbische Konzern das Extragewinnle aus der Gasumlage gerne mit. Man bedenke, dass EnBW zu fast der Hälfte dem Land Baden-Württemberg gehört, die grün-schwarze Landesregierung unter Kretschmann aber offenkundig auf höherwertige Interessen des Gemeinwohls schlichtweg pfeift.

Auch die restlichen Begünstigten der Gasumlage schwimmen tatsächlich im Geld. Von der *Wirtschaftswoche* gefragt, ob es in Ordnung sei, rundum konsolidierte Unternehmen auf diese unanständige Art zu beschenken, antwortet das Bundeswirtschaftsministerium roboterhaft: »Ein Unternehmen braucht Gewinne, um sich breiter aufzustellen und sich damit unabhängiger von russischen Lieferungen zu machen.« Ende der Durchsage.

Mehr als ein Geschmäckle hat auch, dass der vom deutschen Staat so großzügig unterstützte Versorger Uniper ein Tochterunternehmen des grundsolide dastehenden finnischen Konzerns Fortum ist. Mit einem Jahresumsatz von 112,4 Milliarden Euro für 2021 ist Fortum eigentlich locker in der Lage, für die Verluste seiner Filiale Uniper in Höhe von 12 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2022 alleine aufzukommen. Warum erweist die deutsche Regierung dem finnischen Konzern diese Gefälligkeit? Könnte es daran liegen, dass im Vorstand von Fortum der frühere Wirtschaftsminister und Vizekanzler aus der FDP Philipp Rösler sitzt, der exzellente Kontakte zum amtierenden Finanzminister Christian Lindner unterhält?



## MELDUNG

#### TROMMELN STATT ARGUMENTE

Leipzig/DW. Auf dem politischen Filmfestival »globaLE« in Leipzig wurde die Vorführung von Oliver Stones »Ukraine on Fire« durch Provokateure gestört. Stones Streifen aus dem Jahr 2016 ist mit dem Narrativ der Nato-Staaten keineswegs kompatibel. Statt über Kontroversen und Differenzen zivilisiert zu debattieren, störten etwa 20 Protestierende mit Trommeln und lauten Rufen die Filmvorführung. Im weiteren Verlauf kam es zu Rangeleien mit dem Veranstalter. Unter den Provokateuren befand sich die Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel. Aus Sicht der Provokateure stelle »Ukraine on Fire« ein Russland-Propagandawerk dar, dessen Inhalte nicht zur Diskussion stünden. (nir)




*Köln bedankte sich für … nichts.*
*Foto: Felicitas Rabe, RT Deutsch.*

#### DANKE … FÜR NICHTS!

Köln/DW. Am 17. August fand die satirische »Danke Demo Köln« statt. Rund 500 Menschen waren zugegen und »bedankten« sich bei Politik, Medien und so ziemlich allen gesellschaftlichen Institutionen für die Wahrung der Grundrechte, für die Verteuerung von Strom, Gas und Lebensmitteln oder auch für das gleichgeschaltete Mitmachen. Musikalisch wurde die Veranstaltung von Äon, Morgaine und den Freiheitstrommlern aus Bochum begleitet. (nir)



# Veränderung von unten nach oben

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

**Unsere Regierung warnt vor einem Wirtschaftseinbruch in Russland von bis zu 15 Prozent, was sie auf ihre glorreiche Sanktionspolitik zurückführt. Gleichzeitig warnt der deutsche Einzelhandel vor dunklen Innenstädten ab dem ersten September.**

Ein Zusammenhang ist natürlich ausgeschlossen. Die Entwicklung des Deutschen Aktienindex (DAX) zeigt, wo es hingeht mit der deutschen Wirtschaft. Im September 2021 noch bei circa 16.000, jetzt bald bei 13.000 Punkten.

Während in unserem Lande fast alle solidarisch dem geplanten Ausverkauf Deutschlands zustimmen und vor allem zuschauen, bauen andere Länder, die auf Sanktionen verzichtet haben, ihre Zusammenarbeit mit Russland weiter aus. Wer dabei verliert, ist jetzt schon klar und eindeutig zu erkennen. Wer es ausspricht, wird medial vernichtet. Auch das ist nicht neu, dennoch immer wieder erschreckend.

Die Bundesbank spricht jetzt schon von 10 Prozent Inflation, damit bewegt sich Deutschland in Europa noch am unteren Ende, angeführt wird die Liste von Estland, Lettland und Litauen mit deutlich über 20 Prozent. Schuld sind laut Bundesbank der auslaufende Tankrabatt, das auslaufende 9-Euro-Ticket sowie die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes. Aha, auch interessant.

Veränderung tut echt Not, diese geschieht immer von innen nach außen, von unten nach oben. Nach Michael Ballweg in Stuttgart, Marcus Fuchs in Dresden bewirbt sich jetzt in Rostock Jens Kaufmann um das Amt zum Oberbürgermeister der Hansestadt. Alle drei stehen für eine freiheitliche, demokratische Grundordnung auf der Basis unseres Grundgesetzes.

Rostock ist schon in den gesamten zwei Jahren durch herausragende Aktionen positiv aufgefallen. Ein Bürgerbegehren zur Einrichtung eines Bürgerforums steht kurz vor dem Erfolg, die notwendigen Stimmen wurden gesammelt. Handeln statt reden. Danke, an die Akteure, ihre Teams und an alle Unterstützer!

**Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.**

# KEIN WENDEPUNKT IN SICHT

***Neues von der Ostfront*** | Von Felix Feistel

**Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland nach eigenen Angaben »eine Militäroperation in der Ukraine« durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen, Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.**

Auf der unter russischer Kontrolle stehenden Krim kam es zu mehreren Zwischenfällen. Zunächst wurden bei einer Explosion auf einem Luftwaffenstützpunkt in Saky mehrere Kampfflugzeuge beschädigt, einige Tage später detonierte ein Munitionsdepot, während beinahe gleichzeitig ein Umspannwerk in der Nähe brannte, das Energie für die nahe Eisenbahnstrecke bereitstellt.

### TERROR AUS DER UKRAINE

Nur wenig später kam es auf einem Militärstützpunkt nahe Simferopol zu einer Explosion. Auch ein Munitionslager im Krim-Bezirk Dschankoi wurde von schweren Explosionen erschüttert, die wahrscheinlich Folge eines Brandes waren. Bei all den Vorfällen wurden zwei Menschen verletzt und über 3.000 evakuiert. Die russische Seite tat die Zwischenfälle zunächst als Unfälle ab, hat aber die Fliegerabwehrstellungen verstärkt. Mittlerweile hat das Verteidigungsministerium sie allerdings als Sabotageakte bezeichnet.

Westliche Medien sehen in den Vorfällen gezielte Angriffe der ukrainischen Seite mittels ballistischer Raketen, Drohnen oder Sabotageakte. Tatsächlich hat der russische Inlandsgeheimdienst FSB nach den Vorfällen auf der Krim eine islamistische Terrorzelle ausgehoben. Diese soll einer internationalen Terrorvereinigung angehören und aus der Ukraine heraus operiert haben. Mittlerweile ist die Krim verstärkt Ziel ukrainischer Luftangriffe, die zum Teil vom russischen Luftabwehrsystem verhindert werden können.

### KRIM UNTER BESCHUSS

Ein Wendepunkt des Krieges in der Ukraine sehen aber auch westliche Medien bislang nicht. Zwar sei abzusehen, dass viele russische Soldaten ihre im Herbst auslaufenden Verträge nicht verlängern, und es Russland an Fußsoldaten fehle, allerdings habe die Ukraine bislang nicht die Stärke, eine Gegenoffensive zu starten. Eine solche war von Präsident Selensky vor einigen Wochen angekündigt worden. Mit einer Millionen Soldaten wollte er den Süden der Ukraine zurückerobern. Mittlerweile ist klar, dass es sich dabei lediglich um eine psychologische Taktik handelte, die russischen Soldaten zu demoralisieren.

Die Rückeroberung der Krim war von Anfang an das Ziel der Kiewer Regierung, konnte bislang allerdings noch nicht erreicht werden. Das könnte der Grund sein, aus dem die ukrainische Regierung sich darauf verlegt hat, mittels Sabotage und Luftangriffen die Krim zu attackieren. Einem Bericht der US-amerikanischen Tageszeitung *Politico* zufolge unterstützen die USA die ukrainischen Angriffe auf die Halbinsel, welche sie als legitimes Ziel betrachten. Dabei bezeichnete der nicht näher benannte Beamte jeden Angriff als legitime Selbstverteidigung.

### EIGENE BÜRGER DEM HUNGERTOD PREISGEGEBEN

Die Ukraine hat ein neues Gesetz gegen die Kollaboration seiner Bevölkerung mit den russischen Soldaten oder den Donbass-Republiken, sowie den territorialen Führungskommandos der befreiten Gebiete verabschiedet. Demnach wird jede Unterstützung durch Weitergabe von Informationen über die ukrainische Armee, die Unterstützung oder Billigung des Krieges mit einer Haftstrafe von bis zu 15 Jahren geahndet.

Bezeichnenderweise gehört zu der Unterstützung auch die Annahme oder Weiterverteilung von Hilfsgütern. Die ukrainische Bevölkerung in den von Russland und den Volksrepubliken eroberten Gebieten darf somit keine Nahrungsmittel, Kleidung oder medizinische Versorgung von diesen entgegennehmen. Kiew sähe es damit also lieber, dass die als eigene Bevölkerung bezeichneten Menschen sterben, als dass sie Unterstützung von der Gegenseite erhalten.

### UNABHÄNGIG, ABER NICHT FREI

Zum ukrainischen Unabhängigkeitstag am 24. August wurde in der Ukraine eine weitgehende Ausgangssperre in Kiew und anderen großen Städten verhängt. Der Aufenthalt außerhalb der eigenen Wohnung sei in dieser Zeit nicht gestattet. Auch die Angestellten der Behörden sollen in dieser Zeit im *Homeoffice* arbeiten. Gerechtfertigt wird dies mit




*Waffen schaffen Profite.* Foto: Sandra Doornbos

der Befürchtung, dass Russland größere Angriffe durchführen könnte, dies erklärte auch Selenskys Berater Mychailo Podoljak gegenüber Interfax.

Die Zivilbevölkerung scheint Kiew derzeit fluchtartig zu verlassen. So kursieren auf Telegram Videos, die offenbar einen langen Stau auf der Stadtautobahn aus Kiew heraus zeigen. Selensky warnte außerdem den Kreml davor, am Unabhängigkeitstag Prozesse gegen ukrainische Soldaten, die in Mariupol gekämpft haben, abzuhalten. Sobald solche Prozesse beginnen, sei der Punkt erreicht, ab dem Verhandlungen zwischen beiden Seiten ausgeschlossen seien.

Laut Vereinten Nationen wurden seit Beginn des Krieges in der Ukraine 5.514 Zivilisten getötet und 7.698 verletzt. 6,7 Millionen Zivilisten haben auf der Flucht vor den Kämpfen das Land verlassen, darunter sind circa 3,5 Millionen, die nach Russland geflüchtet sind. Weitere 6,65 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

# Franzosen raus – Russen rein?

***Die epochale geopolitische Machtverschiebung macht auch vor Afrika nicht halt. Der Wertewesten ist empört, weil die Afrikaner selber über ihre Länder bestimmen wollen.*** | Von Hermann Ploppa

**Der böse, böse Putin. Nun hat er doch tatsächlich »seine« Wagner-Söldnertruppen nach Mali geschickt, um dort hilflose Afrikaner zu massakrieren. So liest es sich jedenfalls in den einschlägigen Medien in Deutschland. Was war passiert?**

In dem zentralafrikanischen Binnenland Mali waren Tote gefunden worden. Sofort wurde ein Zusammenhang mit den russischen Wagner-Söldnern hergestellt. Die malische Regierung bestreitet diesen Zusammenhang. Man muss wissen, dass Mali bis zum Jahre 2012 als stabiles Land galt. Doch 2011 war Libyen durch massive Intervention des Westens in einen bis heute schwelenden Bürgerkrieg gestürzt worden. Es dauerte nicht lange, und pseudo-islamistische Terrorbanden strömten von Libyen auch in den Norden von Mali.

Mali besteht aus zwei ungleichen Hälften. Der Süden wird von Schwarzafrikanern bewohnt. Der Boden ermöglicht eine begrenzte Landwirtschaft. Im Norden schwelt dagegen schon lange ein Konflikt zwischen sesshaften Schwarzafrikanern und Nomaden der Tuareg-Stämme, denen durch den Vormarsch der Sahara-Wüste die Lebensgrundlagen zerstört werden. Diesen Konflikt, der eigentlich im Jahre 1996 feierlich beigelegt wurde, nutzten jetzt die Pseudo-Islamisten, um die Narben mutwillig wieder aufzureißen und hier eine Scharia-Diktatur zu errichten. Ein erstklassiger Vorwand für die westliche Wertegemeinschaft, »humanitär« in Mali einzugreifen.

### ES GEHT NIE UM »DEMOKRATIE«

Seitdem wird das zerrissene Land mit den Operationen Sérval, Operation Barkhane, mit der UN-Mission MINUSMA, sowie mit den Besatzungstruppen der Europäischen Union EUTM und ECAP Sahel malträtiert. Weder ist die Demokratie seitdem im Land eingekehrt, noch ist der Norden befriedet. Und Korruption, Kriminalität und Mord als Mittel des Interessenausgleichs sind seit den »humanitären« Interventionen des Westens eher verstärkt worden. Oft verhält es sich in afrikanischen Staaten so, dass Militärregierungen bei der Bevölkerung ein deutlich höheres Ansehen genießen als ultrakorrupte scheindemokratische Gauner-Dynastien.

Dass Mali aktuell vom Militär regiert wird, ist Anlass für allerlei innerafrikanische Intrigen. So meint der Präsident der Elfenbeinküste Alassane Ouattara, der sich als Musterschüler des Westens aufführt, Mali aus der Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS ausschließen zu müssen. Zudem hat er 49 Elitesoldaten nach Bamako, der Hauptstadt von Mali, eingeschleust – ohne Wissen der dortigen Regierung. Jetzt ist große Aufregung, weil die 49 Soldaten von der Elfenbeinküste verhaftet und einem Gerichtsverfahren zugeführt wurden.

Malis Präsident Assimi Goiita hat die französischen Soldaten des Landes verwiesen und behält sich vor, die 1.400 deutschen Bundeswehrsoldaten




Karikatur: t.me/osaft007

im Lande unter stärkere Aufsicht zu stellen. Zugleich wird tatsächlich die Zusammenarbeit Malis mit russischen Militärberatern und den privaten Wagner-Söldnern ausgebaut. Präsident Goiita betonte, Russland respektiere im Gegensatz zu den westlichen Militäreinheiten die Souveränität des Landes. Die Krieger in Berlin schäumen. Man müsse auf jeden Fall die Bundeswehrsoldaten in Mali behalten. Man dürfe »den Russen das Land nicht überlassen«.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand.de/verteilen



# »DAS MASS IST VOLL«

***Der Publizist PETER HAHNE im DW-Interview. Von Klaus Müller***

**Herr Hahne, seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Regierung viele nachweisbare Lügen verbreitet, mit diesen aber massive Einschnitte in unsere Grundrechte begründet. Wer Skepsis anmeldete, wurde umgehend diffamiert und mundtot gemacht. Was ist mit Deutschland passiert?**

Peter Hahne: Es wurde sogar die Nazi-Keule ausgepackt. Als hätte exakte Wissenschaft etwas mit politisch rechts oder links zu tun. Reihenweise wurden Kritiker von ihren Posten verbannt – wie zum Beispiel der Leiter des Gesundheitsamtes Aichach, der ausgewiesene Experte Dr. Friedrich Pürner – obwohl sie, wie sich heute zeigt, in allem recht behalten haben. Deshalb fordere ich die Rehabilitierung der Kritiker und dass die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden – auch juristisch.

»JEDE VESCHWÖRUNGSTHEORIE IST HEUTE VON DER REALITÄT WEIT ÜBERHOLT«

**DW: Auch Ihnen wird von Teilen der Altmedien »Radikalität« und »Schwurbelei« vorgeworfen. Fürchten Sie um Ihren guten Ruf?**

P.H.: Was soll ich fürchten? Ich habe nicht geschwurbelt, dass Impfen zum Beispiel »ohne jede Nebenwirkung« sei. Diese größte *Fake-News* aller Zeiten ist von Karl Lauterbach. Irre! Ich habe auch nie behauptet, dass Kinder ihre Oma umbringen, wenn sie sie besuchen. Nein, wir hören heute von Regierungsseite eine Verschwörungstheorie nach der anderen. Und die meisten Medien machen fröhlich mit.

**DW: In Ihrem aktuellen Bestseller »Das Maß ist voll – In Krisenzeiten hilft keine Volksverdummung« schreiben Sie: »Das Virus der Spaltung hat unser Land wie ein Krebsgeschwür zerfressen.« Warum war das so einfach?**

P.H.: Weil wir Deutschen Weltmeister im Wehklagen, Panikmachen und Angstschüren sind. Helmut Schmidt hatte einst recht: Die größte Gefahr ist, dass wir zu einer Stimmungsdemokratie verkommen. Um Corona, Klima und Krieg ist ein unversöhnlicher Glaubenskrieg entstanden. Unser Land ist tief gespalten – bis in die Familien hinein. Und unsere Geschichte zeigt: Ein Volk, das Angst hat, ist leichte Beute für ideologische Rattenfänger.

**DW: Steckte also ein Plan dahinter?**

P.H.: Tja, ein gespaltenes Volk ist leichter beherrschbar. Deutschland ist der einzige Staat der Welt, der Corona nicht medizinisch, sondern ideologisch bekämpft. Oder nehmen Sie die Sanktionen gegen Aggressor Russland: Sie schaden uns tausendmal mehr, als sie der Ukraine nutzen. Wenn unsere Wirtschaft kaputtgeht, ist alles aus. Da können sie noch so viele Windräder und Lastenfahrräder bauen. Oder glauben Sie, nur ein einziger wichtiger Industriekonzern würde Strom bekommen, weil die Menschen zu Hause das Licht löschen, nicht mehr duschen und im Winter dicke Pullover anziehen? Oder weil Geschäfte die Türen nicht mehr offenhalten dürfen – der neueste *Gag* aus dem Hause Habeck. Jede angebliche Verschwörungstheorie ist heute von der Realität weit überholt.

**DW: Bald auch der »Great Reset«?**

P.H.: Wir sind auf dem Wege dahin. Und was ich niemals gedacht hätte: Es geht in Lichtgeschwindigkeit. Das Volk sehnt sich ja förmlich nach *Lockdowns*. Durch die Hintertür wird mal eben unsere Gesellschaft umgebaut. Da geht es plötzlich um die Abschaffung des Bargeldes und um gravierende Einschränkungen unserer Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Ein Paradebeispiel für den gesellschaftlichen *Reset* ist dieses *Gender*-Gestotter, die gezielte Zerstörung unserer Sprache. Dahinter steckt eine Ideologie, die im Schatten von Corona und Krieg mal schnell durchgewunken wird. *Apropos* Bargeld: Dies ist das allerletzte Stück Freiheit, das wir noch haben. Daran halte ich mit Zähnen und Klauen fest.

**DW: Der *Gender*-Wahn ist ein Thema, das Sie schon länger bewegt. Im *WDR* sprach eine Moderatorin Mitte August von »Krankenschwesterin«. Doppelt hält besser?**

P.H.: Realsatire! Loriot! Klamauk! Bei TV-Nachrichten hat man das Gefühl, die Moderatoren müssten dringend zum Logopäden oder man würde in einem Dauerfunkloch stecken. Oder können Sie Bürger*inneister*inwahl oder Innenarchitekt*innen etwa ernst nehmen? Da will eine meist staatlich- oder zwangsgebühren-alimentierte pseudoelitäre Mini-Minderheit ein ganzes Volk gegen dessen Willen dressieren.

**DW: Zum Thema *Gendern* schreiben Sie in Ihrem Buch: »Wer sich nicht wehrt, verliert.« Wie genau sieht dieser Abwehrkampf bei Ihnen aus?**

P.H.: Ich schicke Post, die nicht in korrektem Deutsch bei mir ankommt, wieder zurück. Ich kündige entsprechende Abos oder lasse mich aus Presseverteilern nehmen: »Gerne will ich weiter mit Ihnen in Kontakt bleiben, wenn Sie die Güte hätten, die gültige Grammatik zu verwenden.« Und ich spende keinen Cent mehr, wenn ich als Spender*in angeschrieben werde. So habe ich inzwischen einen leeren Briefkasten und ein volles Portemonnaie. (lacht) Würden das alle tun, wäre der Spuk schnell beendet.







**ZUR PERSON**

Drei Jahrzehnte »Berlin direkt«, »heute«, »heute Journal« und der Bambi-Publikumspreis 1999; von 2010 bis Ende 2017 moderierte er im ZDF die nach ihm benannte Sendung: »Peter Hahne«! Er gilt seit langem als bekanntester und beliebtester Hauptstadtjournalist im deutschen Fernsehen.

Der gläubige Christ wurde 1952 im ostwestfälischen Minden geboren, studierte Theologie, Philosophie und Germanistik. Hahne war 18 Jahre lang Ratsmitglied der evangelischen Kirche (EKD): »Mein Glaube ist abhängig allein von Gott und der Bibel.« Anlässlich seines 70. Geburtstags erhält er am 1. Oktober die Ehrendoktorwürde der staatsunabhängigen Theologischen Hochschule in Basel.

Hahnes Bücher erreichten eine Gesamtauflage von 8 Millionen Exemplaren. Aktuelles Werk: »Das Maß ist voll«, Quadriga, Köln 2022.

***Great Reset? Peter Hahne ist überzeugt: »Wir sind auf dem Wege dahin.«***

*Foto: Axel Rothkehl. Buchcover: Quadriga*

**DW: Wo war die Kirche, als das Volk gespalten wurde?**

P.H.: Als sie am nötigsten gebraucht wurde, war sie nicht da. Es ist ein Witz, zu predigen, dass Jesus keine Berührungsängste mit Randgruppen hatte oder Missionare vor Leprakranken keine Angst hatten – um dann wegen einer »stärkeren Grippe«, so die WHO, den Laden dicht zu machen. Dass Menschen ungetröstet in einer wahnwitzigen Isolation sterben mussten, ist ein Verbrechen. Christen haben aus ihrem wunderbaren Hoffnungsglauben eine Angstreligion gemacht und Leute wegen ihrer gut begründeten Haltung zu den Coronamaßnahmen ausgegrenzt.

**DW: Ungeimpfte wurden im Winter 2021 zum Abschuss freigegeben, unter anderem als »gefährliche Sozialschädlinge« (FDP-Politiker Rainer Stinner, Red.) und »asoziale Trittbrettfahrer« (Komödiant Eckart von Hirschhausen, Red.) beschimpft. Hätten Sie so was vor drei Jahren in diesem Land für möglich gehalten?**

P.H.: Ach, in Deutschland wundert man sich über nichts mehr. Ich war viel im Ausland, wo man über uns nur noch spottet. Ausgerechnet der Gesundheitsminister wurde zum schlimmsten Großinquisitor, als er ungeimpften Pflegern zurief, sie hätten »keinen Beitrag geleistet«. Personal, das mit Mini-Bezahlung Maxi-Leistung erbringt, wird regierungsamtlich verhöhnt und ausgegrenzt. Das Maß ist voll! (haut auf den Tisch)

»BALD KÖNNEN SICH GESUNDHEITSLEISTUNGEN NUR NOCH REICHE LEISTEN«

**DW: Es gibt bei uns seit Jahren einen Pflegenotstand. Jetzt werden zusätzlich auch noch Tausende Menschen aus dem Beruf gedrängt.**

**Wie soll das auf Dauer gutgehen?**

P.H.: Es endet in einer Katastrophe. Die Bilanz nach 16 Jahren Merkel: Unser Gesundheitssystem ist krank. Bald können sich bestimmte Gesundheitsleistungen nur noch Reiche leisten.

**DW: Dass der Coronawahnsinn im Herbst weitergehen soll, daran lässt Karl Lauterbach keine Zweifel aufkommen. Sein Plan: »Impfungen« alle drei Monate. Wie finden Sie das?**

P.H.: Wir sind ein freies Land. Die Leute können sich auch gern zehnmal impfen lassen und die Maske fünffach tragen. Nur wenn das Pflicht wird, ist Schluss mit lustig. Ich habe immer gesagt: Das Löschen darf nicht teurer sein als der Brand. Inzwischen wird mehr zerstört als geschützt. Wir müssen endlich begreifen, dass wir künftig mit Corona leben müssen wie mit Grippe, Krebs oder HIV.

**DW: Eine unschöne Rolle spielen seit mehr als zwei Jahren die Gerichte – allen voran das Bundesverfassungsgericht um Präsident Stephan Harbarth. Nach seinem Abendessen mit Merkel durfte das Urteil zur »Bundesnotbremse« niemanden mehr überraschen. Derartige Vorkommnisse hielt man bis dato nur in Bananenrepubliken für möglich. Oder wie sehen Sie es?**

P.H.: Beleidigen Sie bitte nicht die Bananenrepubliken. (lacht) Die obersten Gerichte sind ja rein politisch nach Proporz besetzt. Was erwarten Sie da? Und beim *RBB*-Skandal – Frau Schlesinger ist übrigens nur die Spitze des Eisbergs – gilt doch: Schuld sind die Aufsichtsgremien, die gepennt oder weggesehen haben – und die sind voll von Parteipolitikern.

**DW: Kanzler Scholz wird derzeit von massiven Erinnerungslücken geplagt, Vize Habeck ruiniert die Wirtschaft und schickt das Volk in die Armut, Innenministerin Faeser hat ein sehr sonderbares Demokratieverständnis… Wie kommt es zu dieser geballten Ansammlung von Inkompetenz, Peinlichkeit und Bösartigkeit in der Politik?**

P.H.: Würden frühere Kriterien auch heute noch gelten, wären die Plenarsäle und Kabinette so gut wie leer – aufgrund einer massiven Rücktrittswelle. (lacht) Leider erleben wir gerade eine Fast-Allparteienkoalition, die sich wie in einem Selbstbedienungsladen verhält, das Volk ausplündert und verhöhnt. Vor 50 Jahren hatten wir Leute in den Kabinetten, von denen hätte, wäre der Regierungschef tot umgefallen, fast jeder sofort einspringen können. Das ist der Maßstab. Heute geht es dagegen um Quoten, regionale Ausgewogenheit und andere völlig sachfremde Kriterien. Ein Handwerksverband spricht inzwischen vom »Sterben Deutschlands«. Das betrifft auch das geistige und fachliche Niveau der Regierenden.

**DW: Keine Empathie, Schamgefühl verloren, meilenweit vom Volk entfernt. Sie tricksen, lügen und betrügen, was das Zeug hält, zum Beispiel Baerbock – angepasster Lebenslauf, Plagiatsaffäre – oder Berlins Bürgermeisterin Giffey – erschlichener Doktortitel. Was fällt Ihnen zu unseren Politikern ein?**

P.H.: Wirklich nichts mehr! Am selben Tag, als FDP-Lindner seine mehrtägige Luxus-Hochzeitsfeier begann, schwor er das Volk noch auf »harte Zeiten« ein. Unsere Elite hat Maß und Mitte verloren. Sie tanzt nur noch ums goldene Kalb. Wir haben die größte Vertrauenskrise aller Zeiten. Aber wissen Sie, was das eigentliche Problem ist? Die Menschen jammern, doch sie wehren sich nicht. Fast alle Genannten werden vom Volk wiedergewählt – wetten, dass...? Deshalb hilft nur eins: Aufklären und bei der nächsten Wahl aufpassen. Also, falls Sie nicht gerade in Berlin wählen (lacht) – da wird ganz offen und dreist manipuliert.

**DW: Sie schreiben in Ihrem Buch, dass in Köln 80 Prozent der Grundschüler aus muslimischen Familien stammen. Neueste Zahlen belegen: Bundesweit hat fast jedes zweite Kind unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund. Das wird unsere Gesellschaft verändern – positiv oder negativ?**

P.H.: Es gibt eine Veränderung, die offenbar gewollt ist. Oder sehen Sie Widerstand? Die heutigen Grundschulklassen sind ein Spiegelbild für unsere Gesellschaft in 20 Jahren. Doch was solls! Wir geben selbst freiwillig alles auf: Aus Weihnachtsmärkten werden Wintermärkte, aus St. Nikolaus ein Lichterfest und eine große Riege deutscher Bischöfe legte beim Moscheebesuch in Jerusalem das Kreuz ab. In kleinen Schritten ist das, was man abendländische Kultur nennt, auf dem Rückzug. Und wir merken gar nicht, dass uns zum Beispiel intelligente Muslime dafür verspotten und verachten. Denn wer sich selbst nicht ernstnimmt und zu seinen Traditionen und Ritualen steht, kann auch andere nicht tolerieren. Anders gesagt: Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.

**DW: Wer solche Dinge anspricht, wird als politisch rechts gebrandmarkt. Dabei sind Clan-Terror, Massen-Vergewaltigungen und der »nackte Wahnsinn« in unseren Freibädern ernsthafte Probleme, die man dringend angehen sollte. Oder müssen wir damit künftig einfach leben?**

P.H.: Wir müssen zunächst einmal über alles reden können, ohne Schaum vorm Mund zu haben. Was hat demokratisch legitimierte und fachlich begründete Kritik an eklatanten Regierungsfehlern bei Integration, Migration, Corona, Klima und Krieg mit »rechts« zu tun? Diese lächerliche politische Gesäßgeografie ist doch – Entschuldigung – zum Kotzen. Kriminalität, egal von wem verursacht, muss verfolgt werden. Punkt. Wer das aufgibt, hat sich selbst längst aufgegeben.

»FRAU SCHLESINGER IST NUR DIE SPITZE DES EISBERGS«

**DW: Warum ist ein großer Teil der Altmedien zu Erfüllungsgehilfen der Regierung verkommen?**

P.H.: Ganz einfach: Wenn bei einer Umfrage des Journalistenverbandes bei den Volontären der *ARD* über 90 Prozent sagen, sie verorten sich links bei Grün, SPD und Linkspartei, dann muss man sich nicht wundern. Es ist wie ein gruppendynamischer Prozess: Jeder noch so unbegabte und selbsternannte Journalist will an der vermeintlich rettenden Weltverantwortung teilhaben.

**DW: Schauen Sie noch *ZDF*?**

P.H.: Ich gucke gerne »Die Rosenheim-Cops« und »Bares für Rares« mit meinem geschätzten Freund Horst Lichter – pure Entspannung, noch ohne Ideologie. (lacht)

**DW: Die Regierung fürchtet angesichts ihrer desaströsen Corona-, Energie- und Außenpolitik einen Wut-Winter, warnt schon jetzt vor protestierenden Bürgern. Recht so?**

P.H.: Sie sollte lieber eine Politik machen, die Demos überflüssig werden lässt. Aber daran erkennt man, wie nervös und hilflos die Herrschenden sind. Sie reden die Gewalt förmlich herbei. NRW-Innenminister Reul von der CDU spricht gar in vorauseilender Drohgebärde von »Staatsfeinden«. Damit meint er nicht etwa die Holocaust-Leugner im Kanzleramt, nein, er redet von Menschen, die nichts anderes tun, als demokratische Widerstandsrechte und Meinungsfreiheit wahrzunehmen. Ich sage: Spazierengehen ist gesund – besonders montags. Natürlich friedlich und gewaltfrei.

**DW: Leben wir in Deutschland noch in einer Demokratie oder sind wir schon im Totalitarismus angekommen?**

P.H.: Merkel selbst war es, die beim Beginn der Freiheitsberaubung durch ihre eigenen Coronamaßnahmen sagte, manches erinnere sie an die DDR. Na, also... Aber solange es demokratischen Widerstand gibt, mache ich mir keine Sorgen.

**DW: Herr Hahne, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!**

Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher *People*-Journalist.

# IST DER ÖRR REFORMIERBAR?

***Eine Pro-Contra-Diskussion zur Sinnhaftigkeit der Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR).***

PRO VON
JIMMY GERUM

**Der öffentliche Rundfunk ist seit Jahrzehnten auf vielen Ebenen degeneriert. Diese eklatanten Fehlentwicklungen lassen sich akademisch belegen, man kann sie jedoch in einem komplexen Prozess durchaus beseitigen.**

Aufgrund der systemimmanenten Reformunfähigkeit des ÖRR kann der Anstoß dazu jedoch nur von außen kommen. Der unbestritten hohe Wert eines unabhängigen Nachrichtenmediums muss vor allem im Kontext der geostrategischen Verhältnisse betrachtet werden.

Wir befinden uns in einer Zeit von globalen Bestrebungen, den Nachrichtensektor weiter zu monopolisieren. Für unsere Demokratie ist es dadurch überlebenswichtig mit kluger Weitsicht und energischem Handeln die Vision eines erstmals in seiner Geschichte wirklich unabhängigen Rundfunks umzusetzen. Es ist nachweisbar, dass politische Einflussnahme zu allen Zeiten möglich war und regelmäßig stattgefunden hat. Umso mehr Zuversicht brauchen wir in der aktuellen Krise für die Rekonstruktion eines ÖRR, der zukünftig jedem Versuch der einseitigen Beeinflussung standhält.

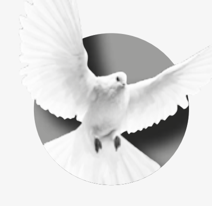


*Mahnwache vor WDR-Zentrale.* *Foto: DW*

CONTRA VON
BURAK ERBASI

Korruption, Vorteilsnahme, Lobbyismus, Seilschaften, ausufernde Verwaltungen, Protzbauten, üppige Gehälter und Boni für die Führungsetagen, Unsummen für Pensionen, 273 Social-Media-Kanäle, Orchester, Chöre, Sportrechte, 73 Radiosender, Auslagerung journalistischer Aufgaben an sogenannte freie Mitarbeiter und nicht zuletzt Millionen für ein verstaubtes, tendenziöses Programm – das ist der öffentliche-rechtliche Rundfunk 2022. Die Finanzierung über Gebühren hat diesen erbärmlichen Zustand nicht verhindert, sondern hat ihn herbeigeführt.

Es mangelt an öffentlicher Kontrolle und Unabhängigkeit der kontrollierenden Instanzen, denn wo immer Gelder sprudeln, ob Gebühren oder Steuern, werden Personen sich bereichern, werden Politiker, Parteien und Lobbyisten Einfluss nehmen. Eine derart dysfunktionale und in den Grundfesten marode Struktur wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht reformierbar. Unabhängige, öffentlich-rechtliche Medien müssen von Grund auf neu aufgesetzt und auf freiwilliger Basis finanziert werden.



# DELEGITIMATION DES STAATES

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

***von Rainer Kraus***

**Genauer: »Phänomene verfassungsschutzrelevanter Delegitimation des Staates«. Die gilt es zu bekämpfen, so die Bundesministerin des Inneren und der Heimat.**

Der Kampf beginnt wie oft mit der öffentlichen Freigabe zur nachrichtendienstlichen Überwachung – eine klare versteckte Warnung an alle, aus eigenem Interesse Sicherheitsabstand zu nehmen!

Noch nie gab es auf deutschem Boden eine vergleichbare öffentliche Protestbewegung quer durch alle Bevölkerungs- und Bildungsschichten, wie wir sie seit zwei Jahren erleben. Sie ist inzwischen immer und überall präsent – und wie keine andere Willenskundgebung konstant friedlich. Wer objektiv forscht, sieht das klar.

Zu viele Wissenschaftler, Dokumente, Wahrheit, als dass die Verleumdungsbegriffe »Schwurbler«, »Querdenker«, »Verschwörungstheoretiker« die Menschen weiter täuschen könnten. Auch die anderen Kampfkonstrukte der vielfältigen »-phobien« greifen nicht. Daher muss eine neue Stigmatisierung her.

Genauer betrachtet wird es hier aber ungleich gefährlicher, es ist eine andere Ebene der Gewalt! Eine demokratische Willenskundgebung ist per se das Gegenteil antistaatlicher Delegitimationsbemühungen. Sie ist vielmehr ein Appell an die Staatsvertreter. Auf deren Seite aber liegt die Verschiebung: die anmaßende Selbstidentifikation mit dem Staat.

Wer sagt: Der Staat bin ich, steht vor dem Schritt, staatliche Gewalt für sich selbst abzurufen. Die vor Monaten eingeleitete innenpolitische Installierung militärischer Präsenz unter General Carsten Breuer wird nicht verheimlicht, sondern seit kurzem medial: Der junge Soldat vor dem Eiscafé oder Kiosk – damit wir sicher sind! Hier wird nicht der Staat delegitimiert, sondern diejenigen, die sich politisch delegitimiert haben, bereiten vor, was sie angeblich fürchten: Unruhen und Aufstände.

Prognose? Dieses Mal sagt die biblische Prophetie: düster! Noch einmal Offenbarung 6! Aber die kommende Zeit der Bedrängung wird unterbrochen von vier globalen Ereignissen in Kapitel 6, Vers 9 bis Kapitel 7, Vers 17. Gottes Wort ist öffentlich – öffne es!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: *rain_serv@gmx.de.*

# POP POP

Von Nicolas Riedl



*Matt Hoy äußerst sich öffentlich zu seinem Rauswurf bei UB40 und warum er sich gegen die Covid-Spritze entschied.* *Bildschirmfoto: GBNews*

KARRIEREENDE WEGEN INDIVIDUELLER IMPFENTSCHEIDUNG

Im Juli 2021 musste UB40-Sänger Matt Hoy die Band verlassen, da er sich gegen die Corona-Genspritze entschied. Sein Management teilte der Band mit, dass sie nur auf Tour gehen könnten, wenn sie sich spritzen ließen. Hoy verließ daraufhin die Band. Der Verbleib der restlichen Bandmitglieder impliziert, dass diese sich die Genspritze verabreichen ließen. Im November des selben Jahres verstarb aus bislang ungeklärten Ursachen das Gründungsmitglied Terence Wilson aka »Astro« nicht plötzlich, aber unerwartet. Die Todesursache und damit auch ein möglicher Zusammenhang mit der Spritze ist der Öffentlichkeit derzeit nicht bekannt. Im August 2022 meldete sich Hoy bei *GBNews* öffentlich zu Wort und beklagte die fehlende Loyalität seiner Band gegenüber seiner Impfentscheidung. Er führte aus, dass er in der Vergangenheit ernsthafte Impfnebenwirkungen bei herkömmlichen Impfungen erlitten habe und ihm vonseiten seines Arztes von der Covid-Spritze abgeraten wurde.



*Zwischen der Studi-Session kommt Roger Waters zu einer Julian Assange Kundgebung vorbei und solidarisiert sich mit ihm.* *Foto: News2Share*

MIT ASSANGE STEHT UND FÄLLT DIE FREIHEIT

Pink-Floyd-Sänger Roger Waters hatte erst vor kurzem in einem *CNN*-Interview Tacheles zum Ukraine-Krieg gesprochen (DW 101). Nun trat er bei einer Mahnwache für Julian Assange vor dem Department of Justice in Washington D.C. als Redner auf und solidarisierte sich mit dem in London festgehaltenen *Whistleblower*, der nun an die USA ausgeliefert werden soll. Waters verlieh dem Kampf für Pressefreiheit und Demokratie mit seiner Stimme Ausdruck und verdeutlichte vor den anwesenden Menschen, dass mit Assange die Freiheit steht und fällt.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

*demokratischerwiderstand.de*
*demokratischegewerkschaft.de*
*corona-studies.org | rubikon.news*
*corodoks.de | mutigmacher.org*
*anti-spiegel.ru | apolut.net*
*multipolar-magazin.de*
*aerztefueraufklaerung.de*

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:







ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 100 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 58 vom 14. August 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

## DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin




Die Cum-Ex-Files.
Der Raubzug der Banker, Anwälte und Superreichen - und wie ich ihnen auf die Spur kam
Oliver Schröm
Christoph Links Verlag
978-3-96289-123-7



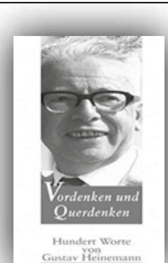

Blackrock.
Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld
Heike Buchter
Campus Verlag
978-3-593-51272-3




Meinungsmache.
Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen
Albrecht Müller
Knaur
978-3-426-78160-9




Generation beleidigt.
Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei: Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer
Caroline Fourest
btb Taschenbuch
978-3-442-77232-2



Vordenken und Querdenken.
Hundert Worte

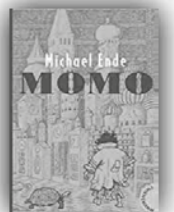
Gustav Heinemann
Verlag Neue Stadt
978-3-87996-888-6




Zombie-Journalismus.
Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit?
Marcus Klöckner
Rubikon
978-3-96789-022-8

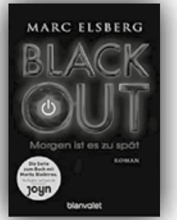



Apokalypse, Niemals!
Warum uns der Klima-Alarmismus krank macht
Michael Shellenberger
Langen – Mueller Verlag
978-3-7844-3623-4




Momo.
Michael Ende

Thienemann Verlag
978-3-5221-7750-4




Blackout.
Morgen ist es zu spät
Marc Elsberg
Blanvalet
978-3-442-38029-9




Das ist Alpha!
Die 10 Boss-Gebote

Kollegah
Riva
978-3-7423-0167-3

# Quartärer Antisemitismus

*Von Anselm Lenz*

**Das Höllenregime der Corona beutet den Begriff des Antisemitismus (Judenhass) schamlos aus. Eine ganze PR hat sich um das schwerste Verbrechen den Menschheitsgeschichte geschart.**

Die von Konzernen und Regierungen betriebene Instrumentalisierung ist kein Anlass, die Shoah in Bausch und Bogen abzuschreiben. Die vom deutschen Faschismus industriell organisierte Vernichtung von Juden und Oppositionellen durch fanatische Eugeniker steht als Warnung in der Menschheitsgeschichte. Diesen Pflock als Warnung einzurammen in das Bewusstsein der Welt, ergab durchaus Sinn. »Dass Auschwitz nie wieder sei« wurde zur monumentalen Erinnerungsethik für das Menschenrecht, für Nürnberger Kodex, für Menschlichkeit in allen Lebenslagen überhaupt – kurz: Für den Vorrang des einzelnen Menschen vor der Maschinerie der Produktion, der Masse, des Krieges.

Wer aber die historische Stellung des Versuchs der Auslöschung der Juden bis 1945 zu einer allerorten »identitären Bewegung« machen will, klittert die Geschichte. Die Warnung vor Auschwitz hat keine genetische Bindung, weder an die Opfer, noch an die Täter. Wer derlei Essentialismus betreiben will, kommt tatsächlichen historischen Tätern in gefährlicher Weise nahe. Das stellte die



*Zeitunglesen erwünscht im Romanischen Café, Berlin 1908 (Fotograf unbekannt).*

Holocaust-Überlebende Vera Sharav unmissverständlich klar (Seite 1). Um den Begriff des Antisemitismus hat sich eine ganze Wissenschaft gerankt, die mal interessante, mal abstruse Ergebnisse zeitigte. DW-Philosoph Werner Köhne wies frühzeitig auf die Notwendigkeit hin, sich als Menschen zu begegnen, nicht als Vertreter historischer Gruppen. Wir können unsere Geschichte einschätzen.

Das Konzept von Antisemitismus erster, zweiter und dritter Ordnung ist umstritten. Und doch gibt es manchen Aufschluss, insbesondere über das Wesen des Kapitalismus. Heute gilt es meines Erachtens, den Begriff des Quartären Antisemitismus zu elaborieren: Die Pervertierung des historischen Antisemitismus zu einem politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsprogramm, das gegen Oppositionelle, die Aufklärung und die Freie Presse gewendet wird. Ich bin das seit 2020 in mehreren meiner Texte angegangen und lege mich fest: Das Corona-Regime ist zutiefst antisemitisch.

Aktueller Text und Podcast von Anselm Lenz im Journalistenportal apolut.net: »Mit. Mir. Nicht.« Als Buch: Anselm Lenz et. al. (Hg.): »Sag alles ab!«, Edition Nautilus, Hamburg 2015.

# SPORT MIT BERTHOLD

## DIE MASKENKINDER VON MAINZ

**Die Welt traute ihren Augen kaum: Der Spuk ist längst entlarvt und der FSV Mainz 05 lässt bei Außentemperaturen von 30 Grad Celsius im Schatten die Kinder der E-Jugend mit Masken ins Stadion einlaufen.**

Dies an der Hand der Profis ohne Maske im Heimspiel gegen Union Berlin (0:0). Ich frage mich, was sich die Eltern denken, wenn sie ihre Kinder so sehen? Ich meine: Schlimmer geht es nicht. So weit ich weiß, wurde die Tragepflicht der Masken aufgehoben beziehungsweise ausschließlich noch in öffentlichen Verkehrsmitteln, Gesundheitseinrichtungen, Altenheimen angeordnet – zum Teil und auch nur »offiziell«.

In anderen Ländern, die sich mit dem Corona-Regime herumplagten, gibt es auch dort fast keine Masken mehr, was in den Nachbarländern längst zu besichtigen war und ist. Nur in Deutschland wird diese Maskenagenda fanatisch weiterverfolgt. Mainz, die Deutsche Fußball-Liga (DFL) hatte schon lange die Maskenpflicht für Einlaufkinder ad acta gelegt! Sogar der Lauterbach sieht von einer Maskenpflicht im Freien ab.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

## BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

### ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert und 2021 ausgebaut. 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

### SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

Im Buchverlag der Gründer der Bewegung

### DW-MAGAZIN DER JAHRESRÜCKBLICK




Zum zweiten Geburtstag der Demokratiebewegung erscheint erneut ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten. Die Chronik des zweiten Jahres im Widerstand, welche die gemachten Erfahrungen dieser Zeit festhält und in guter oppositioneller Manier zum Sturz der Regierung einlädt.

Preis: 15 Euro inkl. Versand.
Der Versand erfolgt ab Mitte April 2022.

JETZT BESTELLEN AUF:
DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

## BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

»ES GEHÖRT OFT MEHR MUT DAZU, SEINE MEINUNG ZU ÄNDERN, ALS IHR TREU ZU BLEIBEN.«
FRIEDRICH HE

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Impressum | Wochenzeitung** «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 102. Ausgabe ab Samstag, 27. August 2022. | Redaktionsschluss war am 25. August | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.**

**Chefredakteur:** Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonoulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.



Die kommende Ausgabe DW 103 erscheint am 3. September 2022.